PROTOKOLL

über die 33. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. September 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Ing. David Forstenlechner

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner,Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Martin Fiala, GR Mag. Michaela Frech, GR Maria Koppensteiner, GR Ingrid Weixlberger

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Beantwortung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) BauStr-11/01 Straßenneubau und Sanierung Damberggasse-Neustiftgasse-Vogelstraße-Arbeiterberg; Vergabe der Projektierung samt
Ausschreibung.

2) GHJ1-51/01 Errichtung einer Gartenmauer im Bereich Wehrgraben auf der GP. 462/1 (Kleinkinderspielplatz Wehrgraben).

3) GHJ2-46/01 Abschluss eines Benützungsvertrages mit der Österr. Bundesforste AG über die Errichtung eines Rundganges um das
Schloss Lamberg.

4) BauH-273/00 Antrag auf Ausbezahlung eines Planungskostenzuschusses zum Projekt „Bebauung Aignergründe“ an Herrn König.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) GHJ2-52/01 Abschluss eines Mietvertrages mit der Profactor Produktionsforschungs GmbH über Räumlichkeiten im ehemaligen Gaswerk.

2) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr-Nord; Abschluss eines Kaufvertrages mit der Schloßgangl Immobilien GmbH.

3) ÖAG-9/01 Ankauf von Liegenschaftsanteilen der EZ 34, Grundbuch Steyr, Objekt Stadtplatz 25, von Herrn Dr. Joachim Steininger.

4) GHJ2-49/01 Schlossparkpavillon Steyr, Abschluss eines Mietvertrages mit der Kühberger & Haas OEG bzw. einer noch zu gründenden Betreibergesellschaft.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

5) K-64/01 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2001.

6) Fin-195/01 „Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr; Subvention 2001.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

7) Abfall-24/01 Beitritt der Stadt Steyr zur Bezirksabfallverbände Holding GmbH und Abschluss eines Syndikatsvertrages.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

8) Stw-37/01 Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 8. 2001; Änderung des Wirksamkeitsbeginns.

9) Stw-33/01 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per 1. 10. 2001.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

10) BauStr-2/01 Asphaltierungsprogramm 2001; Teilvergabe der Arbeiten.

11) BauStr-17/98 Verkehrsberuhigung Ennsdorf; Vergabe BA 2 samt Zusatzarbeiten.

12) BauStr-14/01 Belags- und Straßenneubau Friedhofstraße - Banglmayrgründe - Arnhalmweg; Vergabe der Arbeiten.

13) BauStr-13/01 Straßenneubau Neubaustraße; Vergabe der Arbeiten.

14) BauStr-12/99 Ausbau der Gußwerkstraße BA 6, Errichtung des Kreisverkehrs; Restzahlungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung. Ich stelle fest, dass sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer sind Herr GR Hauser und Frau GR Toman gemeldet. Ich sehe da eine Schwierigkeit. Nachdem Hauser signalisiert hat, dass er etwas später kommen wird, bitte ich die Sozialdemokratische Fraktion die Namhaftmachung eines anderen Protokollprüfers, weil der GR Hauser kann am Anfang der Sitzung nicht Folge leisten. Wer macht das? Wem schlägst du als Protokollprüfer anstelle von Hauser vor, Herr Fraktionsvorsitzender? Stephan Keiler. Ich bitte das dem Protokoll zuzufügen. Entschuldigt haben sich die Frau GR Weixlberger, die Frau GR Frech, die übrigens telefonisch mit uns aus San Benedetto in Verbindung getreten ist und gebeten hat, die Grüße des neuen Bürgermeisters dem Gemeinderat unserer Stadt zu übermitteln. Ich gehe davon aus, dass das ein Signal ist, dass auch die neue Regierung von San Benedetto mit uns die Partnerschaft fortzusetzen wünscht. Weiters entschuldigt die Frau GR Koppensteiner und der Herr GR Fiala. GR Hauser kommt etwas später, ebenso der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil und der Herr GR Dr. Wetzl.

Der Tagesordnungspunkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, erübrigt sich heute. Es gibt keine Anfragen.

Zu den **Mitteilungen des Bürgermeisters**, darf ich dem Gemeinderat kund tun, dass es seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Aufsichtsbeschwerde an das Land OÖ gegeben hat, wieder einmal gegen meine Person und wieder einmal ergebnislos. Und zwar in der Angelegenheit Subventionierung Museum Arbeitswelt ist hier eine Aufsichtsbeschwerde von der F-Fraktion an das Land ergangen und dieses ist vom Land OÖ mit Schreiben vom 23. Juli beantwortet und abgewiesen worden. Ein gleichlautendes Schreiben das der Herr Dr. Pfeil erhalten hat, habe ich auch bekommen und es heißt so drinnen: „Es lagen sämtliche Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungsmitteln durch die Stadt Steyr vor und die Auszahlung der Jahressubvention 2001 wurde erst nach Prüfung sämtlicher Voraussetzungen zur Auszahlung gebracht, sodass eine Rechtswidrigkeit im vorliegenden Subventionsfall nicht festgestellt werden konnte.“ Nur das, dass der Gemeinderat darüber informiert ist, wie schwer es ist, Aufsichtsbeschwerden durchzubringen, weil wir versucht sind, das eh alles ordentlich zu machen.

Die Taiwan-Tage in Steyr waren auch in den Augen der Taiwanesen ein großer Erfolg und sie schreiben, dass sie mit Freude an die Tage in Steyr zurückdenken und sind sehr dankbar für die Kooperation und Unterstützung für das Projekt „Taiwan in Steyr“. Zudem wird geglaubt, dass die Frau Prof. Wu-Scholz, die Witwe des Herrn Prof. Scholz, das also sehr genossen hat, noch einmal in die Heimatstadt ihres Mannes zurückzukehren. Dem Betreuungsteam, aus Mitgliedern unserer Stadtverwaltung und Mitarbeitern des Magistrates und Funktionären, die sich alle besonders bemüht haben, wird besonders herzlich gedankt und man hofft, dass vielleicht einmal, wenn auch im kleineren Rahmen, wieder so eine Zusammenkunft stattfinden kann.

Wie sie wissen, meine Damen und Herren, haben wir im Zusammenhang mit dem „autofreien Tag“ in Steyr beschlossen, einvernehmlich, hier die Busse gratis benutzen zu lassen. Die Kosten die dafür entstehen, werden von der Stadt vollinhaltlich ersetzt werden. Wir hoffen, dass damit die Autofahrer motiviert werden, öffentliche Verkehrsmittel stärker zu benützen, aber vor allen Dingen auch vielleicht als Anstoß dienen können, sich zu überlegen, dass die Verkehrssituation mit dem eigenen Fahrzeug immer schwieriger werden wird. Also auch als Denkanstoß.

Ich darf auch mitteilen, dass mit den Sportlern aber auch Kulturschaffenden bereits eine Präsentation der neuen Sport- und Kulturhalle stattgefunden hat, dass diese Veranstaltung einen sehr positiven Verlauf genommen hat und dass sowohl die Sportler, Funktionäre, als auch Veranstaltungsvertreter

einer Veranstaltungsagentur für den Bereich Kabarett, Tanz, Popkonzertveranstaltungen diese Halle als geeignet betrachtet haben. Sie glauben, dass man also Ivents aller Art dort machen kann. Es hat sich aber mittlerweile ergeben, dass sich einige Kulturvereine noch näher gerne informieren lassen möchten und eine diesbezügliche weitere Veranstaltung ist geplant, soweit mir berichtet wurde und hat der Kulturausschuss sich auch mit dieser Materie diesbezüglich festgelegt.

Das erste Steyrer Ritterfest war trotz des schlechten Wetters ein recht guter Erfolg, glaube ich. Es waren verhältnismäßig viele Leute dabei. Es haben sich auch rund 40 Geschäftsleute daran beteiligt und ich glaube, dass wir mit dieser Veranstaltung auch in einem guten Trend liegen. Man wird sich überlegen müssen, wie die weitere Vorgangsweise sein wird.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, dass die Arbeitslosenquote im August 4,9 % betragen hat und tendenziell leicht steigend ist. Leider wieder. Wir haben also hier eine um 0,1 % höhere Rate als im Vormonat und 0,4 % höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Insgesamt waren im August 2.034 Arbeitslose für eine Beschäftigungssuche vorgemerkt. Das ist auch eine Erhöhung um 2,7 % gegenüber dem Vormonat. Im August 2001 waren 422 offene Stellen gemeldet. Das sind zwar mehr als im Juli des heurigen Jahres, aber um 121 Stellen weniger als im Jahr vorher.

Betreffs des Brückenbaus in Steyr, also Rederbrücke, darf ich berichten, wir haben uns ja im Gemeinderat in der letzten Sitzung vor dem Sommer ausführlich damit beschäftigt und eine Resolution, mehrheitlich, beschlossen, dass ich glaube, dass diese Debatte bzw. diese Resolution schon Sinn gemacht hat, nämlich deswegen, weil im Hintergrund intensive Beratungen und Bemühungen stattgefunden haben, den Hauptangriffspunkt, nämlich hier 30 Monate Bauzeit, und während dieser Zeit nur zweispurig befahrbar und programmierter Stau sozusagen. Mit dieser Materie haben sich Brückenbauexperten von der Firma STRABAG und der VOEST, die dieses alternative Projekt vertreten haben, technisch sozusagen unterhalten und das Ergebnis ist für uns glaube ich sehr erfreulich, nämlich wurde vom DI Hermann, dem Brückenbauchef von STRABAG, mir gegenüber mitgeteilt, dass jetzt Baubeginn sein wird, dass man während der gesamten Bauzeit die alte Rederbrücke dreispurig befahren kann, also dreispurig anstelle von zweispurig, dass nur einige wenige Tage die dritte Spur gesperrt werden muss, wenn hier Hebearbeiten zu verrichten sind. Aber im Prinzip, während der ganzen Bauzeit, ist die Brücke dreispurig befahrbar und eigentlich, da war ich selbst überrascht, soll die neue Brücke sehr rasch zur Verfügung stehen, zumindest befahrbar sein und er hat gesagt, was ich selbst kaum glauben konnte, schon im Herbst des nächsten Jahres. Ich hoffe, da handelt es sich nicht um einen Übermittlungsfehler. Es wird zwar die Bauzeit insgesamt 30 Monate weiterhin betragen, es wird aber eher dann die Abbrucharbeiten der alten Brücke noch betreffen. Insofern glaube ich also, dass der heftige Disput in der Öffentlichkeit und auch der Beschäftigung mit der Materie in unserem Gemeinderat nicht sinnlos war, sondern hier eine beträchtliche Entschärfung der Situation gebracht hat. Wenn wir auch nicht die schönste Brücke bekommen, aber immerhin dieses Problem mit dem Stau, das scheint damit also deutlich entschärft zu sein. Im Gegenteil, man muss ehrlicherweise sagen, dass drei Spuren natürlich um 50 % besser sind als nur zwei Spuren, und dass das zu einer deutlichen Verbesserung gegenüber beiden geplanten Projekten, was die Verkehrsabwicklung anbelangt, bringen wird.

Ich möchte sie unter Punkt 4) bitten, **die Beschlüsse des Stadtsenates**, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen, und würde den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben, damit wir die ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Haben wir nicht einen Dringlichkeitsantrag?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, danke für den Hinweis, aber der liegt mir noch nicht vor. Mir ist angekündigt worden, dass es einen Dringlichkeitsantrag geben wird. Der muss vor Eingang in die Tagesordnung abgehandelt werden. Wer hat das aller unterschrieben?

STADTRAT GERHARD BREMM:
Wir und die Grünen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Die Sozialdemokratische Fraktion und die Grüne Fraktion. Damit ist diese Resolution, die sich mit der Schließung von Wachlokalen in der Stadt Steyr beschäftigt und dagegen Protest erhebt, ausreichend unterstützt. Wenn wir also so vorgehen wie üblich, dann würde ich so wie üblich auch vorschlagen die Dringlichkeit zuzuerkennen und die Debatte am Ende der Tagesordnung zu führen. Darf ich fragen ob diese Vorgangsweise die allgemeine Zustimmung findet? Ja. Na gut, dann wird das so stattfinden. Danke sehr. Damit gebe ich jetzt den Vorsitz ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

GR Wilhelm Hauser kommt um 14.20 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, unter dem Tagesordnungspunkt 1) wollen wir eine Vermietung von Teilen des Gas- und Wasserwerkes an die Forschungsfirma Profactor vornehmen. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) GHJ2-52/01

Abschluss eines Mietvertrages mit der Profactor Produktionsforschungs GmbH über Räumlichkeiten im ehemaligen Gaswerk.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 20. 8. 2001 wird dem Abschluss eines Mietvertrages mit der Profactor Produktionsforschungs GmbH über Räumlichkeiten im ehemaligen Gaswerk Wehrgraben entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

Ich bitte um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Herr GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren, ich hätte nur eine Frage gehabt, weil der Mietbeginn ja bereits im Amtsbericht drinnen steht. Ist der Mietvertrag jetzt schon unterschrieben? Stimmen wir jetzt über etwas ab, was wir eigentlich dann eh nicht mehr rückgängig machen können? Ist das praktisch nur mehr eine reine Formsache?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren, zu diesem Debattenbeitrag kann ich nur sagen, dass der Stadtsenat natürlich schon beschlossen hat, und hier eine einhellige Auffassung im Stadtsenat stattgefunden hat, dass die Dinge natürlich ihren Lauf genommen haben, dass Renovierungsarbeiten ihre Zeit gebraucht haben, dass wir natürlich unsere Forschungsfirma Profactor unterstützen wollen und dass die, aufgrund eines Entwicklungskonzeptes, das immerhin Aufwendungen, Investitionen und

Betriebskosten von S 450 Millionen Schilling in den kommenden 5 Jahren vorsieht und eine Aufstockung auf das Doppelte des Personals entsprechende Ausweitungsschritte verlangt, und dass in Anbetracht der schwierigen Finanzierung, die EU hat nämlich ihre Förderungsgestion verändert, insofern, dass die Gelder hinterher fließen und nicht mehr vorher, ein Zwischenschritt sozusagen vom Profactor in dieses Gaswerk in angemietete Räumlichkeiten stattfinden sollen. Im Übrigen, Herr Kollege Fürweger, kennen sie sich ja im Maklergeschäft aus. Für die Stadt ist es von großem Vorteil, wenn leerstehende Gebäude, wenn auch nur vorübergehend, dieses Mietverhältnis ist ja auf drei Jahre bezogen, Erlöse bringen und jemand in diesem Haus drinnen ist. Also, es gibt keinen wie immer gearteten Grund, hier aufgrund eines überbürokratischen Vorgehens, das Ganze zu verzögern. Profactor braucht die Räume, Profactor ist von uns sozusagen inspiriert und teilweise finanziert, und wir wollen, dass sich Profactor positiv in die gesagte Richtung entwickelt, auf der einen Seite und auf der anderen Seite wollen wir natürlich auch Erlöse aus leerstehenden Betriebsobjekten ziehen und das geschieht genau mit diesem Antrag. Daher glaube ich das ausreichend aufgeklärt zu haben und bitte um eure Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der nächste Antrag ist ein richtungsweisender Antrag, der aber auch in den Gemeinderat hereinreflektiert, dass wir gut unterwegs sind bei der Betriebsansiedlung auf unserem neuen Wirtschaftspark im Norden unserer Stadt. Wir haben uns mit dieser Materie ja oft beschäftigt und beschäftigen müssen. Ein erster Vertrag, der natürlich hier eine richtungsweisende Funktion für hoffentlich möglichst viele, auch rasch abzuschließende, weitere Verträge mit Betriebsansiedlung zur Folge hat, liegt uns heute zur Beschlussfassung vor, ist bereits im Stadtsenat beschlossen worden und ergeht heute der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

2) Fin-108/98

Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr-Nord; Abschluss eines Kaufvertrages mit der Schloßgangl Immobilien GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 31. August 2001 wird dem Abschluss des in der Anlage beigeschlossenen Kaufvertrages über das Grundstück 720/43, Grundbuch Gleink, mit der Schloßgangl Immobilien GmbH zugestimmt. Weiters wird der Magistrat Steyr ermächtigt, die darin enthaltenen grundsätzlichen Vertragsbedingungen auch auf die weiteren für den Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr abzuschließenden Kaufverträge entsprechend dem vorstehenden Amtsbericht anzuwenden. (Beilage)

Auch hier wird um Debatte und Zustimmung gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der nächste Antrag ist auch nicht ohne Bedeutung, soll jedenfalls hier geeignete, zusätzliche Räumlichkeiten unmittelbar im Rathaus mit sich bringen. Es handelt sich dabei um einen Kaufvertrag mit der Firma Joachim Steininger, Fahrschule, dass wir hier die Räumlichkeiten der ehemaligen Fahrschule im Haus, die ja in das City-Point ausgesiedelt ist, erwerben wollen. Es ergeht

heute der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Ankauf von Liegenschaftsanteilen der EZ 34, Grundbuch Steyr, Objekt Stadtplatz 25, von Herrn Dr. Joachim Steininger.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 31. August 2001 wird dem Kauf der 715/10000stel Anteile des Dr. Joachim Steininger an der Liegenschaft EZ 34, Grundbuch 49233 Steyr, zu den im beigeschlossenen Entwurf des abzuschließenden Kaufvertrages dargestellten Bedingungen zugestimmt. Weiters wird der Nutzung eines Teiles der Parzelle 689/2, Grundbuch Sarning, durch die Fahrschule Steininger zu den im Amtsbericht dargestellten Bedingungen die Zustimmung erteilt.

Der Abschluss des Kaufvertrages sowie die Überlassung der Fläche zur Ausbildung von Fahrschülern ist von der Aufkündigung des bestehenden Mietverhältnisses für Garagen im Objekt Stadtplatz 25 durch Herrn Dr. Steininger abhängig.

Zur Bezahlung des Kaufpreises sowie der zu erwartenden Nebengebühren einschließlich der Grunderwerbsteuer und der Eintragungsgebühr wird bei der VA-Stelle 5/029000/010200 (Amtsgebäude, Gebäude Ankauf) ein Betrag von S 3.850.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 3.850.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

Auch in diesem Fall wird ihre Zustimmung erbeten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Danke, der letzte Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Auch der letzte Antrag in meinem Ressort beschäftigt sich mit einem wichtigen Thema, nämlich der Verpachtung bzw. der Vermietung des Schlossparkpavillons, der sich ja immer schon einer gewissen Aufmerksamkeit des Gemeinderates erfreut hat und über den wir in der letzten Budgetdebatte sehr ausführliche Diskussionen geführt haben. Nunmehr ist es realisierbar geworden, was wir uns vorgenommen haben, nämlich junge, engagierte Menschen zu finden, die dort mit einer entsprechenden Philosophie als Untergrund, sie haben sich sehr viel Mühe gegeben, neues Leben hineinbringen wollen. Es ist also beabsichtigt dort eine Generalrenovierung herbeizuführen, auch mit dem Denkmalschutz und der Stadtbildpflege abgestimmte Totalsanierungsarbeiten vorzunehmen, auch die Infrastruktur des Hauses wie Fenster, Heizung ect. neu zu investieren, wobei wir einen Kostenanteil von 4 Millionen Schilling als Stadt übernehmen werden, bei einem Gesamtinvest von rund 15 Millionen Schilling. Die Hauptgesellschafter dieser neu zu gründenden Firma, dieses Unternehmens, haben gute Referenzen und lassen uns erwarten, und die Hoffnung wird, so denke ich, bestätigt werden, dass damit wirklich neues, qualitätsvolles Leben in dieses herrliche Baujuwel zurückkehrt. Ihre Philosophie ist sozusagen darauf abgestimmt, dem ganzen Schlosspark neues Leben und neue Impulse zu bringen, in dieser unmittelbaren Nähe des Weihnachtsmarktes, vom kleinen Theater, vom Schloss usw. Ich halte das also für äußerst wünschenswert und bin sehr froh, dass hier nach mühseligen und langwierigen Gesprächen und Verhandlungen, und mehrfachen

Suchaktionen nach solchen Investoren, dieser Antrag heute zur Beschlussfassung vorliegt. Ich freue mich, dass das stattfindet. Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

4) GHJ2-49/01

Schlossparkpavillon Steyr, Abschluss eines Mietvertrages mit der Kühberger & Haas OEG bzw. einer noch zu gründenden Betreibergesellschaft.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 31. August 2001 wird dem Abschluss eines Mietvertrages über den Schlossparkpavillon und der dazugehörigen Nebenflächen einschließlich der bestehenden Minigolfanlage mit der Kühberger & Haas OEG bzw. einer noch zu gründenden Gesellschaft, an der die Herren Franz Kühberger und Richard Haas gemeinsam zumindest 50 % der Geschäftsanteile halten, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Herr Bürgermeister Leithenmayr hat ja in seiner Begründung zu diesem vorliegenden Antrag bereits darauf hingewiesen, dass es ja eine jahrelange Diskussion über die künftige Nutzung dieses Schlossparkpavillons gegeben hat. Daher ist es ja auch nicht unbekannt, aber ich weise noch einmal darauf hin, dass gerade die Freiheitliche GR-Fraktion in ihrer Gesamtheit, aber auch immer wieder durch einzelne Debattenbeiträge von Mitgliedern unserer Fraktion, gefordert hat, dass dort endlich etwas zu geschehen hat, weil ja zuletzt und in letzter Zeit immer mehr der Eindruck entstanden ist, das Gebäude verfällt zusehends ohne einer Nutzung zugeführt zu werden. Nun liegt aufgrund einer Vorinformation, bei einer Fraktionsobmännerbesprechung, ein Amtsbericht und ein Mietvertrag vor, mit Interessenten, die diesen Bereich dort beleben und eben eine Gastronomie installieren wollen. Ich mache jetzt auch vor diesem Gremium keinen Hehl daraus, dass der Kollege Dr. Pfeil und ich uns im Stadtsenat der Stimme enthalten haben und zwar deswegen, weil dieses Nutzungskonzept nach unseren Begriffen etwas dürftig ausgefallen ist, ohne da jetzt den künftigen Betreibern irgendwelche voreiligen, negativen Unterstellungen zu machen. Aber in Erinnerung daran, dass ja gerade die Stadt Steyr nicht immer eine glückliche Hand gehabt hat, wenn sie ihr Eigentum entweder verkauft oder vermietet hat, um dort wirtschaftliche Unternehmungen zu installieren. Ich darf nur zwei Beispiele nennen, das schöne Taborrestaurant oder die Christkindlwelt. Darum haben wir eben so gehandelt und uns der Stimme enthalten. Wir sind aber inzwischen doch ein bisschen klüger geworden, kann ich auch hier ganz offen sagen, und zwar gibt es ein neues Nutzungskonzept, das, wie ich meine, auch vielen Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates gar nicht bekannt sein dürfte. Es gibt tatsächlich ein neues Nutzungskonzept und das hat uns bestärkt, dass hier tatsächlich eine Chance besteht, dass dieses Gebäude, dieser Platz dort, revitalisiert und belebt wird. Daher darf ich kurz und bündig sagen, dass wir diesem Antrag, vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion, die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist aber schön. Es liegt noch eine Wortmeldung vor, die Frau GR Reznar hat sich gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich denke, wir alle sind uns der Bedeutung des Schlossparkpavillons bewusst. Stammt doch dieser reizende Barockpavillon von keinem

Geringeren als Michael Prunner, der nach Lukas von Hildebrandt_der bedeutendste österreichische Barockbaumeister gewesen ist. Franz Anton Fürst von Lamberg hat sich das also doch etwas kosten lassen, die Erholung im Park und im Pavillon, der ja seinerzeit für die Aufzucht von Blumen und exotischen Pflanzen gedacht war und für die damalige Bevölkerung ein Lustwandeln im Schlosspark ermöglicht hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Lustwandeln schon, aber nicht für die Bevölkerung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Damals nicht für die Bevölkerung, aber doch ein Teil davon. Die ganze Steyrer Stadtlandschaft mit seiner breiten Front zum Schlosspark hin, also sehr schön, die Sprossenfenster sind wunderschön, die Fassade ist schön, das abgestufte Dach ist wirklich ein bezauberndes Kunstwerk, das in Oberösterreich einmalig ist und in ganz Österreich gibt es glaube ich nur drei. Deshalb finde ich es erfreulich, dass dieser Pavillon nach einer doch langen Durststrecke endlich einer Nutzung zugeführt werden kann und wieder zum Leben erweckt wird. Sie wissen, dass ich vier Jahre lang hinter diesem Schlossparkpavillon herrenne, der mir doch sehr am Herzen liegt. Ich hoffe nur, dass die Revitalisierung auch so in dem Ausmaß geschieht, wie wir es uns wünschen. Aber da verlasse ich mich logischerweise auf unseren obersten Denkmalschützer und der wird das sicher mit bestem Wissen und Gewissen betreiben. Wenn aber diese Betreibung des Pavillon in der letzten Zeit oder in den letzten Jahren nicht so gut funktioniert hat wie wir uns das gedacht hätten oder wie sich die Stadt das gedacht hätte, dann kann es aber auch daran liegen, dass diese Wege und das ganze Umfeld vielleicht nicht so gepflegt oder instandgehalten wurde oder attraktiv gemacht wurde, dass es Promenadenwege für die Steyrer Bevölkerung und ihre Gäste sein sollen. Ich denke mir, auch dieses Umfeld würde ich mir wünschen, dass von der Stadtplanung auch einmal überdacht wird, dass das auch dieses attraktiv gestaltet wird. Es ist auch so, nur Spazier- und Joggingwege alleine, das genügt nicht. Die doch zeitweise herumlungernden, alkoholisierten Jugendlichen sind ja auch nicht unbedingt das große Renommee für den Schlosspark, weil früher war halt das ein Dorado für Besucher, für Springbrunnen, dann die Blumen anzusehen, es war also ein Gebiet der Erholung. Wenn also dieses Projekt der Betreibung und Revitalisierung des Pavillons auch funktionieren soll, dann wäre doch das auch ein Teil der Planung und Kultur der Stadt Steyr. In diesem Fall wünschen wir uns natürlich alle, dass es nicht passiert, dass da wieder irgendetwas schief läuft und vielleicht haben wir die Chance, dass in kürzester Zeit doch wieder im Schlosspark ein Schmuckkästchen steht.

Zum Vertrag selber möchte ich darauf hinweisen, dass es doch zeitgemäß wäre, und ich finde es also nicht ganz richtig, wenn man die Schillingbeträge der Vertragsunterzeichnung nur in Schilling ausschreibt, wo wir doch jetzt kurz vor der Euroumstellung sind. Ich denke, es wäre sicherlich auch erforderlich, das in Euro auszuführen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Payrleithner bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es ist ja heute wahrscheinlich deine letzte GR-Sitzung und es wäre eigentlich die Chance, dass man zu jedem Tagesordnungspunkt sehr ausführlich diskutiert. Diese Chance sollte man heute eigentlich nützen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates, einen Satz noch zu diesem Mietvertrag. Ich kann mich noch erinnern, wie wir das letzte Mal darüber diskutiert haben, waren wir ja damals bekanntlich dagegen. Leider haben sich damals unsere schlimmsten Befürchtungen nicht nur eingestellt, sondern sie sind sogar übertroffen worden. Aber wenn man jetzt jemanden Gott sei Dank

gefunden hat, der dort eine Gastronomie betreiben will, dann soll man auch in dem Zusammenhang einmal sagen, man kann ihm wirklich nur gratulieren und hoffen, dass das auch etwas wird, weil in Steyr, so eigenartig das ist, obwohl in Steyr aufgrund der hohen Verdienste eine gute Struktur dafür wäre, ist es nicht einfach, ein Lokal zu führen, vor allem ein Lokal, in dem man auch selbst viel Geld investiert. In unmittelbarer Nähe hat es auch einer probiert, unterhalb des Schlosses, beim FAZAT, ist auch viel Geld investiert worden und hat leider nicht funktioniert. Ich wünsche mir und uns allen, dass es dort oben endlich einmal zu einer guten Lösung kommt, die Chronik „Skandal“ vielleicht damit beendet wird, mit Beträgen von S 2.500,-- Pachtvertrag im Jahr usw., ist ja damit auch endlich einmal beendet worden, und dass rundherum ja auch davon profitieren wird. Nicht nur der Schlosspark selbst, es ist ja auch das Schloss Lamberg daneben usw. Was ich nicht gut finde, und es ist schade, dass die Frau Kollegin Frech heute nicht da ist, sie geht mir heute ausnahmsweise einmal ab, ist, dass man von vornherein die neuen Pächter, die sicher glaube ich seriöse Geschäftsleute sind, weil sie sind ja bereits in Steyr mit einem Geschäft ansässig, über die Medien madig macht und mit jemanden in Zusammenhang bringt, welcher der Stadt nichts Gutes angetan hat. Ich glaube das ist unfair und man sollte das nicht tun. Es liegt zwar eh in ihrem Verantwortungsbereich, aber ich glaube auch, dass wir, die Mehrheit in diesem Gemeinderat, etwas Derartiges nicht wollen, weil es einfach diesen Leuten, die viel Geld investieren, auch nicht zugemutet werden soll. Das soll man bei der Gelegenheit auch einmal sagen. Ich hätte es ihr gerne persönlich gesagt, aber leider ist sie ja heute nicht anwesend.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Aber es passiert ja in anderen Dingen sehr oft dasselbe, über die Medien, dass falsche Berichterstattung gemacht wird.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich bin ehrlich gesagt auch froh, dass sich das jetzt quasi in diese Richtung entwickelt. Was mir natürlich sofort auffällt ist das Golfübungsgelände. Das ist eine Geschichte, die ist mir ein bisschen seltsam vorgekommen. Ich bin zwar kein Golfer, aber ich könnte mir vorstellen, aufgrund der kürze dieses Grundstückes beim Minigolfplatz, müsste ja eine relativ hohe Anprallmauer oder ein Netzt errichtet werden.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:
Das ist nur zum Putten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ist das wie Minigolf?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Das ist der Minigolfplatz.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Es steht ja da im Vertrag, es wird zugestanden, anstelle eines Minigolfplatzes. Also, dort kann man nicht trainieren, dass man 200 Meter schießt oder so? Aha, gut, danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe das auch so gelesen und habe mich auch nicht ausgekannt, aber wir sind ja jetzt von den Golfern aufgeklärt worden.

Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort Herr Bürgermeister bitte.

Herr Dr. Wilfried Wetzl kommt um 14.45 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, meine Damen und Herren, ich bin eigentlich froh darüber, dass nunmehr doch alle Fraktionen anscheinend hier die Meinung haben, dass wir diesen Vertrag jetzt so machen sollten. Ich meine, jeder versteht das unheimlich gut, ich gebe der Kollegin Reznar Recht, dass das ein architektonisches Baujuwel ist. Das ist gar keine Frage und das war uns auch immer bekannt. Es ist nur so, wir können daran noch so viel herumbasteln, es muss Leben hinein und zwar richtiges, hochwertiges Leben und das war halt nicht so leicht. Ich entsinne mich ja, wie ich da vor 12 Jahren den Dienst angetreten habe, dass das eh verpachtet war. Es war nur nicht so befriedigend. Ich hätte das Pachtverhältnis beenden wollen, weil es nicht befriedigend war, worauf wir bei Gericht gestanden haben und das Gericht uns dazu verurteilt hat, das Pachtverhältnis fortzusetzen, obwohl ich damals kündigen ließ. Es hat sich dann die Möglichkeit ergeben, eine Veränderung vorzunehmen, mit einem Pächter, der auch von Anfang an wieder kritisiert wurde, der aber sehr gute Referenzen hatte und tatsächlich andere solche Gastronomiebetriebe erfolgreich geführt hat. Es hat halt dann in seiner Familie Probleme gegeben, dass die Frau krank wurde usw. Jetzt haben wir natürlich eine Zeit gebraucht, um jemand der geeignet ist zu finden, der mehr als nur sozusagen um einen billigen Pachtschilling in dieses Haus hineingeht und dort halt wieder einen Gastronomiebetrieb eröffnet. Das hätten wir ja schon früher darstellen können. Nur ich möchte doch daran erinnern, dass es sehr weit verbreitete Meinungen gegeben hat, auch im Stadtsenat, dort 8,5 Millionen vonseiten der Stadt zu investieren und dann einen Pächter zu suchen. Ich habe das nie für eine zielführende Vorgangsweise erachtet, ich habe gesagt, wir brauchen zuerst einen Pächter mit einem Konzept und wir können uns beteiligen an diesem Investment und wir können ihm, wenn er sich selbst durch Investitionen an das Haus bindet, entgegenkommen und ihm einen billigen Pachtschilling anbieten, weil wir dort dieses Leben und die Bereicherung dieser reizvollen Umgebung wollen, durch diese neue Tätigkeit dort. Das scheint mir langfristig klüger zu sein. Dass diese Rechnung jetzt aufgegangen ist freut mich, weil wir investieren 4 Millionen statt 8,5 Millionen, wir kommen zwar mit günstigen Bedingungen den neuen Betreibern entgegen, glaube aber die Gewähr zu haben, dass nämlich genau dieses qualitätsvolle Leben dort einziehen kann, mit einer positiven Ausstrahlung auf den ganzen Schlosspark und dass das jetzt noch möglich ist, glaube ich doch, dass es für alle zu einem guten Ende gebracht wurde, und dass wir in diesem Punkt jetzt einen einstimmigen Beschluss zustande bringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Danke, ich gebe den Vorsitz dem Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Kollegin Mach um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes für 2001.

Aus der Mitarbeiterschaft der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österreichischen Roten Kreuzes kann eine Reihe von Personen auf eine 15-jährige verdienstvolle Tätigkeit im Rettungswesen verweise und wird gemäß den Richtlinien über die Verleihung der „Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr“ für die Verleihung vorgeschlagen:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** - für 15-jährige Mitarbeit:
Martin Hornhuber, Dr. Michaela Köhler, Rudolf Linberger, Rudolf Reschnauer.

Um Genehmigung des Antrages durch den nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen

Gemeinderat wird gebeten.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

5) K-64/01

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 3. Juli 2001 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer 15-jährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** - für 15-jährige Mitarbeit:
Martin Hornhuber, Dr. Michaela Köhler, Rudolf Linberger, Rudolf Reschnauer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das ist auch einstimmig gewesen. Nr. 6) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem letzten Antrag geht es um die Subvention für Atrium, Pro mente infirmis für das Jahr 2001. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Fin-195/01

„Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr; Subvention 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 27. August 2001 wird dem Verein „Pro mente infirmis“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“, Gleinkergasse 21 sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 400.000,-- (das entspricht 29.069,13 Euro) **(Schilling vierhunderttausend)**

gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- werden bei der VASt. 1/4130/757000 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter Kollege Bremm bitte.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem einzigen Antrag, den ich heute vorzutragen habe und zur Beschlussfassung führe, geht es um eine weitreichende und zukunftsorientierte Behandlung unseres Abfalls. Es geht in diesem Antrag um den Beitritt der Stadt Steyr zur Bezirksabfallverbände Holding GmbH und den Abschluss eines Syndikatvertrages. Die Ursache für diesen Beitritt oder für diese Regelung ist ja, dass mit 1. Jänner 2004 per Gesetz der Müll nicht mehr in der herkömmlichen Form deponiert werden darf, sondern dass der Müll vorbehandelt werden muss. Es gibt hier einige Technologien, zwei davon die wesentlich die gesetzlichen Auflagen erfüllen ist eine thermische und eine mechanisch biologische Vorbehandlung. Indem ja jetzt nach EU-Richtlinien das Ganze nicht so einfach dargestellt wird, haben wir uns im Landesabfallverband auch damit auseinander gesetzt und nach intensiven Beratungen, mit Experten und Fachleuten, ist hier der Vorschlag unterbreitet worden, dass nicht jeder einzelne Bezirksabfallverband für sich selbst ausschreiben soll, sondern dass wir das konzentriert für OÖ versuchen sollen, also eine OÖ-Lösung anzustreben. In dem heutigen Amtsbericht und Antrag ist das so festgehalten. Diese Gesellschaft, diese Bezirksabfallverbände Holding GmbH, und der Syndikatsvertrag liegt heute zur Beschlussfassung vor.

Es ist hier im Wesentlichen auch das Modell, dass ein Baukonzessionsmodell gewählt worden ist, damit hier eine gemeinsame Möglichkeit besteht und dass vor allem die Vorbehandlung in OÖ stattfinden soll. Es ist hier vereinbart, und es ist in diesem Vertrag auch beinhaltet, oder die Ausschreibungskriterien werden sein, dieses Baukonzessionsmodell, dass nach 20-jähriger Laufzeit diese Vorbehandlungsanlage, also der bei der Ausschreibung den Zuschlag erhält, dass das in diese Bezirksabfallverbände Holding zurückfließt und dann nach 20 Jahren neuerlich zu entscheiden ist, ob diese Holding die Anlage selbst betreibt oder sie wiederum vergibt. Eine sehr komplizierte und umfangreiche Methode. Wie gesagt, es geht im Wesentlichen darum, dass wir die gesetzlichen Richtlinien und die gesetzlichen Auflagen ab 2004 erfüllen und dass der Müll vorbehandelt wird. Vorweg, es wird europaweit ausgeschrieben. Es zeichnet sich aber möglicherweise ab, dass die Welser Müllverbrennungsanlage, und Linz hat eine mechanisch-biologische Anlage, die wird noch adaptiert auf die Richtlinien, auf die Werte die ab 2004 vorgeschrieben sind, dass diese beiden Anlagen möglicherweise jene sind, die nach einer Ausschreibung den Zuschlag erhalten könnten. Es ist ja im Amtsbericht ausführlich beschrieben und auch in den Verträgen ausführlich dargestellt. Ich ersuche die Debatte darüber zu führen bzw. diesem Antrag, dass wir als Stadt auch zu dieser Regelung beitreten, die Zustimmung zu geben.

7) Abfall-24/01

Beitritt der Stadt Steyr zur Bezirksabfallverbände Holding GmbH und Abschluss eines Syndikatsvertrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 31. August 2001 wird dem Beitritt der Stadt Steyr zur OÖ BAV AbfallbehandlungsgmbH mit einer Stammeinlage von Euro 3.200 und der Unterfertigung des hiezu notwendigen Abtretungsvertrages und der Beitrittserklärung zum gleichzeitig zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen Syndikatsvertrag entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt.

Zur Bezahlung des Geschäftsanteiles und des auf die Stadt entfallenden Anteiles der Vertragsgebühr wird bei der VA-Stelle 1/852000/080000 (Beteiligungen) ein Betrag von S 50.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen

Deckungsmitteln zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Herr Kollege Apfelthaler hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, wenn sie sich erinnern, vor ungefähr einem Jahr ist ja diese Debatte ziemlich heftig geführt worden, auch auf Landesebene, was passiert jetzt in Zukunft mit unseren Deponien, was passiert jetzt einfach mit unserem Müllaufkommen in OÖ oder überhaupt bundesweit. Es ist ja nicht so, dass der Müll abnimmt, sondern zunimmt und die Schwierigkeiten ihn zu behandeln immer größer werden. In diesem Zusammenhang, und das ist dann noch länger her, kann ich mich erinnern, das war glaube ich vor drei oder vier Jahren, ist die mögliche thermische Entsorgung des Mülles diskutiert bzw. auch dann in der VÖEST mit dieser HTV-Anlage versucht worden. Auch aufgrund der technischen Entwicklungen hat sich natürlich einiges geändert. Es hat viele Versuche gegeben den Müll ordnungsgerecht zu entsorgen. Nur die thermische Entsorgung ist uns quasi schon ein bisschen vorweg genommen worden durch die Welser, die einfach gesagt eine riesige Anlage errichtet haben und natürlich jetzt ein bisschen unter Notstand leiden, wie sie denn diese Anlage überhaupt beschicken oder befüllen sollen. Dieser Antrag und dieser Amtsbericht zeigt uns ja auf, dass quasi alle Bezirksabfallverbände in ganz OÖ zentral ihren Müll entsorgen müssen, oder ihren Restmüll halt behandeln lassen müssen. In dem Vertrag steht aber leider, oder wohlweislich nicht, auf welche Art und Weise. Ich gebe ihnen immer noch zu bedenken, dass die thermische Behandlung, zumindest aus der Sicht der Grünen, nicht die optimalste Behandlung ist, dass es eine Reihe von Verfahren gibt, natürlich über das sich trefflich streiten lässt, welches das bessere Verfahren sein wird, aber es gibt auch in diesem Gebiet eine sehr rasche, technische Entwicklung. Wenn wir uns aber jetzt determinieren quasi auf diesen Vertrag, sind wir auf diesen Vertrag 17 ½ Jahre gebunden. D. h., wir haben relativ schwer die Möglichkeit, alternative Techniken hier auszunützen, weil wir einfach gebunden sind, dass wir unseren Müll dort hin schicken. Zum Stichwort schicken, man kann sich natürlich vorstellen, dass es einen regen Mülltourismus durch ganz OÖ geben wird, quasi damit diese Anlage, diese zentrale oder gibt es mehrere dezentrale Anlagen, beschickt werden können. Aus diesem Grund werden sich die Grünen hier der Stimme enthalten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es wäre das ein abendfüllendes Thema, die ganze Mülldebatte, Mülltourismus, Müllbehandlung, welche Form, welche technischen Möglichkeiten es hier gibt. Wir haben uns da wirklich auch auf Abteilungsebene intensiv damit viele Monate, man kann fast sagen 1 ½ Jahre, auseinandergesetzt. Eine Schwierigkeit was noch dazu dabei ist, es hat vor ein paar Jahren der Gesetzgeber hier vorgegeben, dass der Müll vorzubehandeln ist und die technische Auflagen, von den Abgaswerten udgl., was deponiert werden darf in Zukunft, also von den Heizwerten, ist das alles sehr stark auf thermische Vorbehandlung ausgerichtet gewesen. Es hat dann die Lobby der mechanisch-biologischen noch kurzfristig versucht sich einzubringen. Wir haben uns mit einer mechanisch-biologischen Anlage in Steyr auch intensiv beschäftigt, ob so etwas denkbar wäre. Wir haben uns da wirklich Experten angehört. Es ist aber zum heutigen Zeitpunkt so, und auch den Linzern geht es noch so, man weiß heute noch nicht ganz klar und exakt, welche Auflagen, welche gewerberechtlichen und behördlichen Auflagen, wenn so eine Anlage fertig ist, die es dann geben wird. Es gibt hier nicht, so wie in anderen Bereichen wo man genau weiß, welche Abgase hinaus dürfen, in welcher Form dass die Abgase vielleicht noch behandelt werden müssen, das gibt es in dem Bereich nicht. Es ist hier eine große Unsicherheit vorhanden und man kann so etwas gar nicht exakt planen. Die Experten haben hier auch die Meinung vertreten, das Müllaufkommen, das wäre wirtschaftlich eine fürchterliche Fehlinvestition, das wäre undurchführbar. Aus diesem Grund besteht für uns nur die Möglichkeit, in dieser OÖ-Lösung drinnen zu sein, gemeinsam

auszuschreiben und natürlich wird man sehen, wer der Bestbieter ist und die werden dann halt den Zuschlag bekommen. Mit der OÖ-Lösung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, haben wir schon versucht und auch an das gedacht, dass nicht der Mülltourismus in Österreich oder in Europa noch damit verstärkt wird, sondern dass wir den lokal in OÖ auf einen oder zwei Standorte vorbehandeln wollen. Die Deponiegeschichte, was auch unsere anbelangt, das wird noch ein Thema sein, mit dem wir uns noch intensiv auseinandersetzen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke für diese Erläuterungen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen der Grünen Fraktion. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist der Kollege Eichhübl.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Herr StR Eichhübl, ich bitte um ihre Berichte.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich bedanke mich. Mit diesem vorliegenden Antrag, Frau Vizebürgermeister, werter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, hat sich der Gemeinderat ja bereits einmal beschäftigt, und zwar mit dem Ziel ein neues Tarif- und Fahrscheinsystem im Gleichklang mit dem OÖ Verkehrsverbund auch hier in Steyr mit Wirksamkeitsbeginn 1. 8. d. J. beim öffentlichen Verkehrsunternehmen der Stadt Steyr einzuführen. Allerdings hat sich dann herausgestellt, dass die technischen Vorbereitungen, die dazu notwendig sind, vor allen Dingen deswegen, weil ja die Berechnungsmodule gänzlich anders sind, man ist ja vom bisherigen System der Berechnung abgegangen und hat ein neues Wabensystem dafür herangezogen, etwas länger gedauert haben und daher es nicht möglich war, diesen 1. 8. einzuhalten. Daher war es auch aus der Sicht der Stadtwerke und des Verkehrsbetriebes sinnvoll, gleichzeitig mit dem OÖ Verkehrsverbund seine geänderten Tarife und auch das neue Fahrscheinsystem hier in Steyr einzuführen. Es hat sich, was ja auch notwendig ist, mit diesem Problem bzw. mit diesem Antrag nochmals der zuständige Ausschuss beschäftigt und befasst und daher ergeht folgender Antrag, den ich ihnen nunmehr zur Verlesung bringe.

8) Stw-37/01

Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 8. 2001; Änderung des Wirksamkeitsbeginns.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 14. 08. 2001 wird der Wirksamkeitsbeginn für die Einführung neuer Fahrpreise vom ursprünglich vorgesehenen Termin 01. 08. 2001 auf den 03. 09. 2001 (koordiniert mit dem OÖ Verkehrsverbund, der den gleichen Wirksamkeitsbeginn für seine Fahrpreise festgelegt hat), verlegt.

In Anbetracht dessen, dass der Einführungszeitpunkt 03. 09. i. J. unmittelbar bevorsteht, wird dem Antrag gem. § 5, Abs. 4 des Organisationsstatutes für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ die Dringlichkeit, wonach die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt werden, zuerkannt.

Frau Vizebürgermeisterin ich darf sie bitten, über den von mir eingebrachten Antrag, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Darf ich ein kurzes Schlusswort halten?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja gerne. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Danke. Ich habe eigentlich gerechnet, dass dort und da Fragen auftauchen, im Bezug auf die Neueinführung unseres Tarifsystems, daher darf ich mir erlauben in meinem kurzen Schlusswort sie davon zu informieren, dass die Probleme für unsere Fahrgäste mit diesem neuen Fahrscheinsystem zusehends weniger werden und natürlich gleichzeitig dazu auch die Akzeptanz steigt. Es ist aber nicht zu verheimlichen, dass es dort und da Probleme mit den Fahrscheinautomaten gibt, was die Zeitverzögerung, die Anfahrtszeiten betrifft, und zwar vor allen Dingen deswegen, weil nach wie vor noch viele Fahrgäste die Auffassung vertreten, dass man dort auch mit Papiergeld bezahlen kann. Es ist so, dass im Bus ein Automat steht, einerseits oder mehrere Geräte sind für die Entwertung der Chipkarte und andererseits sich ein Automat in jedem Fahrzeug befindet, wo eben drei Fahrscheinkategorien plus Ermäßigungen zu lösen sind und das mit Hartgeld erfolgen soll. Dort und da gibt es auch noch Schwierigkeiten beim Wechseln und es wird auch, das habe ich vernommen, die Geschäftswelt damit belastet. Ich werde natürlich dafür Sorge tragen, dass man versucht auch das Problem in den Griff zu bekommen. Des Weiteren haben wir uns wirklich alle miteinander sehr bemüht, ich nenne da auch selbstverständlich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses inklusive der Beschäftigten des Verkehrsbetriebes, die ja im Besonderen mit den Vorbereitungsarbeiten überdurchschnittlich belastet sind und wobei ich auch gleichzeitig die Gelegenheit nütze, mich dafür bei allen Beteiligten zu bedanken, doch mit einem Problem nach wie vor belastet sind, das ist der Umtausch der Seniorenpässe. Und zwar der Umtausch der Seniorenpässe auf die bekannte Chipkarte, wobei ja die Situation so ist, ich darf nur in Erinnerung rufen, dass in zwei Jahresetappen an unsere Senioren Freifahrtsgutscheine für unseren Verkehrsbetrieb ausgegeben werden, nämlich pro Jahr 40 Fahrten, und diese dann, haben wir gebeten, durch öffentliche Informationen, rechtzeitig vor dem 3. September, also vor Einsatzbeginn des neuen Fahrscheinsystems, einerseits bei den Stadtwerken selbst dort in eine Chipkarte umgetauscht werden können und andererseits hier im Rathaus. Leider hat sich gezeigt, dass bis zum 3. 9. lediglich etwa 25 % der ungefähr 2.000 Passinhaber diese Möglichkeit in Gebrauch genommen haben. Gestern habe ich mir den neuesten Stand berichten lassen, da gibt es eine Umtauschquote von etwa 80 %. Das wollte ich ihnen im kurzen Stil berichten. Im Großen und Ganzen darf ich abschließend sagen, dass dieses neue Fahrscheinsystem doch sehr gut ankommt, weil es wesentliche Erleichterungen bietet, vor allen Dingen was die Handhabung einer Chipkarte betrifft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke für die Aufklärung. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, im Bereich Hallenbad und Sauna stehen den Einnahmen immer höher werdende Ausgaben und Aufwendungen gegenüber. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass alleine die Energiekosten in einem relativ kurzen Zeitraum um 40 % und die Materialkosten um 16 % angestiegen sind. Es wird auch im Amtsbericht darauf hingewiesen, welche Ergebnisse das für das Jahr 2000 bringt. Das war Anlass für die Direktion der Stadtwerke an den Verwaltungsausschuss heranzutreten, um diese Situation etwas zu verbessern, eine Erhöhung der Tarife durchzuführen, wobei man grundsätzlich in etwa der Teuerungsrate, was diese Erhöhungen betrifft, ausgegangen ist. Man hat aber sehr bewusst die Kategorie der Mehrblockkarten etwas

stärker belastet, weil ja dort auf der anderen Seite auch die größte Ermäßigung bisher gegeben wurde. Der Verwaltungsausschuss hat sich insgesamt in zwei Sitzungen damit beschäftigt und auch, wie sich in der letzten Sitzung herausgestellt hat, wurden diese Dinge und diese Thematik bei den Fraktionsbesprechungen der einzelnen Fraktionen beurteilt. Es ist der Verwaltungsausschuss einstimmig zum Ergebnis gekommen, dass diese Anhebung in dieser Größenordnung nicht nur gerechtfertigt erscheint und auch erträglich erscheint, obwohl ja sicherlich niemand, und das unterstelle ich keinem, eine besondere Freude mit Tarifanhebungen hat, ganz gleich wo und wen sie auch immer treffen und wo sie eingesetzt werden. Ich darf ihnen daher den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat verlesen.

9) Stw-33/01

Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per 1. 10. 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 23. 08. 2001 über die Preisanpassung für das Hallenbad und Sauna mit Wirksamkeitsbeginn 01. 10. 2001 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Frau Vizebürgermeisterin ich darf ebenfalls bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wie der Herr Stadtrat schon gesagt hat, sind die Anhebungen sicherlich moderat ausgefallen und ich denke mir, dass sie durchaus verträglich sind, vor allen Dingen wenn man sich die gestiegenen Energiekosten anschaut, die letztlich auch abzudecken sind. Ich möchte aber auf etwas anderes hinweisen wo ich glaube, dass wir uns dazu im nächsten Jahr Zeit nehmen sollten, darüber nachzudenken, vielleicht ein gesamtheitliches System einzuführen, vor allen Dingen was den bargeldlosen Verkehr betrifft. Wie wir gehört haben, hat sich die Chipkarte bei den Autobussen sehr bewährt und ich denke mir, wir sollten darüber nachdenken, diese Chipkarte auch anwendbar zu machen beim Stadtbad, beim Hallenbad bzw. auch bei der Kunsteisbahn, denn vor allen Dingen die Veränderungen in der Währung werden es auch mit sich bringen, dass man sonst relativ viel Kleingeld braucht. Hier wäre es sicherlich ein großes Service, auch für unsere Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und vor allen Dingen auch für die Besucherinnen und Besucher der städt. Einrichtungen, mit einer Chipkarte dies alles bewältigen zu können. In diesem Sinne möchte ich das nur angeregt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich habe dazu eine Frage, und zwar betreffend Hallenbad. Da steht bei den Seniorenpreisen Hallenbad mit Seniorenpass max. 4 Stunden mit Sozialreferat nach gültigem Preis. Das wird ja immer abgerechnet. Da steht, Preis 1, 1a) und 1b) verrechnet. Für mich ist das ein bisschen unverständlich, weil wenn steht max. 4 Stunden und es steht oben der Betrag S 42,70 und dann 1b) würde stehen S 62,--, da würde dann gehören, „nur die Differenz gehört mit dem Sozialamt abgerechnet“, weil vom Sozialamt werden ja nur max. 4 Stunden verrechnet. Das wäre für mich dann ein Widerspruch.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Was schlagen sie da vor Frau Vizebürgermeisterin? Dass man da jetzt etwas einfügt oder so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, ich glaube nur das wird so gehandhabt werden, aber das steht eigentlich nicht da. Zuerst steht max. 4 Stunden und dann steht 1a) und 1b) verrechnet. Das kann nur ein Betrag sein, der bis 4 Stunden zählt, also die S 42,70 und nicht die S 62,--. Das stelle ich mir so vor. Das ist meine Frage an sie.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das könnte man ja entsprechend berücksichtigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da müsste man ja eigentlich nur die Differenz wahrscheinlich kassieren, wenn einer einen ganzen Tag drinnen bleibt. Ich möchte das nur gesagt haben, weil das war für mich ein bisschen unverständlich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, danke für beide Hinweise. Frau Vizebürgermeisterin wir werden das entsprechend nach ihren Anmerkungen auch so handhaben. Der Kollege Hauser hat ja heute auch zurecht vor dieser Gemeinderatssitzung auf einen legitimen Wunsch hingewiesen, den er im Übrigen auch bereits im Ausschuss erörtert hat. Ich darf seine Wortmeldung dahingehend ergänzen, dass ja die Stadtwerke tatsächlich in diesem Bereich tätig sind und natürlich im Hinblick darauf, dass ja die Gerätschaft im Stadtbad die Möglichkeit bietet ein derartiges Ein-Karten-System auszudehnen, aber den ersten Schritt beispielsweise im Stadtbad durchaus im Auge behält und auch weiter verfolgen wird.

Um eines darf ich sie noch bitte, im Zusammenhang des vorliegenden Antrages, es ist da ein Missgeschick passiert, und zwar wurden irrtümlich alle Tarifpositionen fortgeschrieben. Ein Punkt stimmt nicht mehr, und zwar ist der deswegen upsolate, weil es den Schlüsseleinsatz und den Schlüsselverlust nicht mehr gibt. Nachdem wir ja in diesem Bereich dieses System der Kästchen haben und dort ja S 10,-- einzuwerfen sind und daher ein Verlust oder Schlüsselersatz ja nicht mehr infrage kommt. Ich bitte sie daher auf der Seite 2 diesen Punkt 3 und 3.1 zu streichen und auch beschlussmäßig das so zu berücksichtigen. Ich darf in diesem Sinne jetzt bitten die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke Herrn StR Eichhübl für seine Berichterstattung und gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Mayrhofer, um seine Ausführungen und Anträge.

Vzbgm. Dr. Pfeil kommt um 15.16 Uhr in die Sitzung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, mein erster Antrag bezieht sich auf das Asphaltierungsprogramm 2001 und zwar haben wir eine Teilvergabe der Arbeiten. Es ist dies ein Dringlichkeitsbeschluss. Wir haben das gesamte Asphaltierungsprogramm 2001 auf einmal ausgeschrieben und haben sehr, sehr hohe Preise erzielt. Preise, die unserer Fachabteilung als überhöht vorgekommen sind und es geht daher der Auftrag, nur einen Teil der Arbeiten zu vergeben, nämlich jene Kleinarbeiten für den diese Preisgestaltung als angemessen erscheint. Und zwar wäre eine Teilvergabe des Asphaltierungsprogramms an die Firma Zwettler zum Preis von S 1.785.234,19

inkl. MWSt., die Planungskoordination an das Büro Walter Brunner in Steyr zum Preis von S 31.200,-- inkl. MWSt. Die notwendigen Mittel in Höhe von S 1.817.000,-- inkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/612000/00200 „Gemeindestraßen Straßenbau Asphaltierungsprogramm“ finanziert. Ich ersuche diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

10) BauStr-2/01

Asphaltierungsprogramm 2001; Teilvergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 03. Juli 2001 wird der Teilvergabe für das Asphaltierungsprogramm 2001 wie folgt zugestimmt:

1) Teilvergabe Asphaltierungsprogramm: Fa. Zwettler BauGmbH, Steyr S 1.785.234,19 inkl. MWSt.

2) Planungskoordination entspr. BauKG: ZT Dipl.-Ing. Walter Brunner, Steyr S 31.200,-- inkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.817.000,-- inkl. MWSt. werden bei VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen Straßenbau Asphaltierungsprogramm finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.816.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Kollege Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieser vorliegende Antrag war ja bereits im Stadtsenat auch Anlass dafür, um eine grundsätzliche Diskussion zu beginnen, wie es denn mit dem Zustand unserer Straßen bestellt ist. Hier habe ich auch sinngemäß ausgeführt, was ich ihnen nicht vorenthalten möchte, dass zumindest der Eindruck entsteht, dass sich der Zustand der Straßen verschlechtert, aber die Mittel die dafür jährlich zur Verfügung gestellt werden, um die Straßen zu sanieren, offensichtlich teilweise nicht vorhanden sind oder teilweise aber auch vorhanden sind und die Arbeiten nicht durchgeführt werden, was dazu führt, dass der Zustand der Straßen, wenn man diese nicht rechtzeitig repariert, ja zunehmend schlechter wird. Ich sage das deshalb, weil ja auch, so habe ich es zumindest aus einer Wortmeldung vom Kollegen Mayrhofer herausgehört, er mit dieser Thematik im Besonderen befasst ist, dass vorne und hinten das Geld für derartige Maßnahmen zu wenig ist. Weil ja das nicht nur den Individualverkehr betrifft, sondern auch den öffentlichen Verkehr, habe ich mich zu Wort gemeldet, weil auch wir, vonseiten der Stadtwerke, immer wieder Anforderungen an die zuständigen Stellen richten und Mitteilung machen, wo im besonderen Maße der Schuh drückt und ich habe die Liste dort liegen, ich möchte sie nicht im Einzelnen damit konfrontieren, aber es ist festzustellen, dass zwar einige Punkte erledigt sind, aber noch viele offene Positionen in diesem Papier aufscheinen. Das möchte ich in Erinnerung rufen, schon im Hinblick darauf, dass in Kürze die Arbeiten für die Festlegung des Budgets des nächsten Jahres beginnen werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ich darf mich bei meinem Kollegen Eichhübl bedanken, es ist tatsächlich so, dass die Mittel, die im Budget vorgesehen sind, für die Straßenerhaltung nicht ausreichen um den derzeitigen Zustand auch nur gleich zu halten. D. h., wir bräuchten fast eine Verdreifachung der Mittel um in der normalen Abnützungszeit einer Straße die notwendigen Sanierungsarbeiten auch tatsächlich durchzuführen. Wenn man die normalen Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten aufschiebt, ist eine Generalsanierung der Straße notwendig, die bedeutend höher ist und damit für die öffentliche Hand erhöhte Kosten mit sich ziehen. Ich darf sie nur in einem Punkt korrigieren Herr Eichhübl, es bleibt kein Geld liegen das nicht verbaut wird. Das Gegenteil ist der Fall. Wir machen jetzt bereits Arbeiten im Vorgriff auf das nächste Budget und das ist das Schreckliche. D. h., wir determinieren schon vor und haben dann im nächsten Jahr gar keine Finanzmittel mehr zur Verfügung, oder nicht mehr im ausreichenden Maß zur Verfügung, um die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. Wir sind noch immer nicht auf dem Stand der Instandsetzungsmittel die wir vor ungefähr 5, 6 Jahren budgetär gehabt haben. Aus Einsparungsgründen wurden die, damals hat es geheißen kurzfristig, zurückgenommen, dieser Zustand. Wir wissen, dass die Provisorien immer länger halten, das hat sich jetzt schon das vierte Jahr durchgesetzt, nur wir sind jetzt so, dass für jeden schon sichtbar ist, dass der Zustand der Straßen, des Straßennetzes schlechter wird und ich ersuche jeden hier im Saal mich bei den Budgetverhandlungen zu unterstützen. Nun jedoch ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals für dieses Schlusswort. Ich möchte mir erlauben, als ehemaliger Finanzreferent, noch eine Bemerkung zu machen. Der Kollege Eichhübl und der Kollege Mayrhofer kommen mir vor als wie ein paar Bibelforscher, die nur ein paar bestimmte Stellen aus der Bibel jeweils zum Anlass passend zitieren. Ich möchte doch in Erinnerung rufen, dass wir sehr ambitionierte Straßenbauprogramme realisiert haben, die nicht verschwiegen werden dürfen. Es wäre für uns überhaupt keine Schwierigkeit zu sagen, im nächsten Jahr sehen wir statt 3,5 Millionen oder irgend so, 7 Millionen für Straßenreparatur im Budget vor und niemand wird dabei ein Problem haben, am wenigsten der jetzt zuständige Herr Finanzreferent. Allerdings muss man dazu sagen, dass einige dieser Vorhaben, die wir da realisiert haben, mir fallen nur schnell ein die Verteuerung beim Wieserfeldplatz, die Verteuerung beim City-Point, die 40 Millionen Schilling was wir für die Messerer- und Gußwerkstraße gemacht haben und zwei zusätzliche „Brückerl“ außer Programm, an die möchte ich bei dieser Gelegenheit erinnern und das sind also mehrfache Beträge von dem was wir als Reparaturprogramm haben. Also, bei allem Verständnis für die Notwendigkeit auch Straßen zu reparieren, dann muss man aber Straßen bitte, und das ist meiner Meinung nach eine seriöse Position, in ihrer Gesamtheit sehen. Also, Neubau plus Sanierung. Wenn ihr euch die Beträge in Erinnerung ruft, ihr wisst es ja eh alle ganz genau, weil das haben wir ja alles beschlossen, ich kann mich noch erinnern, wie gerade so hinterher, gerade wie ich wieder im Urlaub war, eine halbe Million beim City-Point hereingeschoben wurde, noch zusätzlich, weil wir draufgekommen sind, dass die Mauer so hässlich ist und ein Geländer brauchen wir noch und dieses und jenes, dass wir dort alleine um mindestens 3 bis 4 Millionen Schilling teurer geworden sind als ursprünglich geplant war. Dann muss man das in der Gesamtheit betrachten. Ich bitte, nachdem ich bei den Budgetverhandlungen nicht mehr dabei sein werde, jedenfalls sicher nicht beim Abschluss, dass ihr euch an diese, meine ernstgemeinten Worte und Mahnungen erinnern werdet, dass man das also in der Gesamtheit betrachten muss. Also, Schlaglöcher ist eine Geschichte, der Neubau von Straßen ist eine andere Geschichte, die Kosten muss man miteinander betrachten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich darf nur zu dem Thema Brücken noch etwas ausführen. Wir haben derzeit 102 Brücken, Stege und Übergänge im Stadtgebiet. Die durchschnittliche Lebensdauer ist 70 Jahre. D. h., wir müssten pro Jahr 1 ½ Brücken neu machen um überhaupt den Stand zu gewährleisten. D. h., es ist also nichts

Außertourliches gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist ja alles richtig, dass wir das alles müssen. Dann gibt es noch eine ganze Reihe von Ideen und Vorstellungen, ambitioniert aus allen Fraktionen, das werden wir ja alle wieder hören, aber man muss das halt in der Gesamtheit sehen, um mehr geht es mir ja gar nicht. Jetzt werden wir wahrscheinlich dem Antrag Mayrhofer einhellig beitreten. Bitte sehr, Abstimmung. Danke sehr, das war wieder einmal einstimmig. Super, ich gratuliere.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke. Der nächste Antrag bezieht sich auf die Verkehrsberuhigung Ennsdorf, die Vergabe des BA 2 samt Zusatzarbeiten. Und zwar ist an die Firma Zwettler im Wert von 1.636.000,-- inkl. MWSt. der Auftrag ergangen. Die noch erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.083.700,-- inkl. MWSt. werden bei der VSt. „Gemeindestraßen, Straßenbau Ennsdorf - Verkehrsberuhigung“ finanziert. Die vorhandenen Mittel sind
S 850.000,--. Der Restbetrag wird, und das sind S 233.700,--, für das Budget 2002 vorgesehen. Ich darf erinnern, dass wir vorgehabt haben, dieses Baulos, Verkehrsberuhigung, in zwei, drei Abschnitten zu machen. So wie es derzeit aussieht werden wir wahrscheinlich noch zwei, drei Jahre zusätzlich zu den zwei Abschnitten brauchen. Ich ersuche um Zustimmung.

11) BauStr-17/98

Verkehrsberuhigung Ennsdorf; Vergabe BA 2 samt Zusatzarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 22. August 2001 wird für die Errichtung des 2. Bauabschnittes einer Auftragserweiterung (Mehrkosten des 2. Bauabschnittes, Auftragsverschiebung von Fa. Arthofer zu Fa. Zwettler, Dünnschichtbelag und Kreuzungsumbau Bahnhofstraße) an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, in Höhe von S 1.636.000,-- inkl. MWSt. zugestimmt.

Die noch erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.083.700,-- inkl. MWSt. werden bei VSt. 5/612000/002390 „Gemeindestraßen; Straßenbau Ennsdorf - Verkehrsberuhigung“ in Form von noch vorhandenen Mittel (S 850.000,--) finanziert. Der Restbetrag in Höhe von S 233.700,-- wird im Budget 2002 vorgesehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das war einstimmig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Antrag betrifft Belags- und Straßenneubau in der Friedhofstraße - Banglmayrgründe - Arnhalmweg, das heißt also Gleink betreffend. Hier geht es um die Vergabe der Arbeiten.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

12) BauStr-14/01

Belags- und Straßenneubau Friedhofstraße - Banglmayrgründe - Arnhalmweg; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 22. August 2001 wird der Vergabe für die Belagssanierung Friedhofstraße samt Neubau BA 3 im Bereich Dora-Dunkl-Straße bis Anna-Zelenka-Straße, der Asphaltierung der Banglmayrgründe sowie der Asphaltierung der Schedlbergergründe wie folgt zugestimmt:

1. Bauarbeiten: Fa. Zwettler, Steyr

S 4.273.152,-- Euro 310.542,--

2. Planungskoordination laut BauKG: ZT Brunner, Steyr

S 10.800,-- Euro 785,--

Gesamt: **S 4.283.952,-- Euro 311.327,--**

Die für 2001 erforderlichen Mittel in Höhe von S 2.052.000,-- (149.124,66 Euro) werden bei VSt. 5/612000/002400 „Gemeindestraßen Friedhofstraße - Banglmayrgründe“ in Form von noch vorhandenen Mitteln (S 1.210.000,--) und in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002230 „Gemeindestraße - Aufschließung Schedlberger“ zur VSt. 5/612000/002400 „Gemeindestraßen Friedhofstraße - Banglmayrgründe“ finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 310.000,-- (22.528,58 Euro) notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Das war wieder einstimmig, lauter Neubauten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke, ich darf allerdings darauf verweisen, dass wir ein Aufschließungsübereinkommen haben und dass die Aufschließer hier sehr wohl ihren Beitrag leisten.

Beim nächsten Antrag handelt es sich um den Straßenneubau Neubaustraße, hier geht es um den Straßenzug in der Neuschönau, der von der Bevölkerung schon sehr dringend urgiert wurde. Wir haben aufgrund von erhöhten Ausschreibungsangeboten eine Wiederholung der Ausschreibung vorgenommen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

13) BauStr-13/01

Straßenneubau Neubaustraße; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Tiefbau vom 16. 08. 2001 wird der Vergabe des

Straßenneubaues Neubaustraße wie folgt zugestimmt:

1) Bauarbeiten: Fa. Zwettler, Steyr

S 2.235.585,38 (Euro 162.466,33)

2) Planungskoordination lt. BauKG: ZT Brunner, Steyr

S 3.600,-- (Euro 261,62)

Gesamt: **S 2.239.185,38** (**Euro 162.727,95)**

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 2.240.000,-- (Euro 162.787,15) inkl. USt. werden als vorhandener Teilbetrag in Höhe von S 624.000,-- von VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen Straßenbau Asphaltierungsprogramm“ zu VSt. 5/612000/002560 „Gemeindestraßen - Straßenneubau Neuschönau“ übertragen. Der Restbetrag in Höhe von S 1.616.000,-- wird im Budget 2002 bei VSt. 5/612000/002560 „Gemeindestraßen - Straßenbau Neuschönau“ vorgesehen.

Das ist also jetzt der zweite Antrag, wo wir einen Vorgriff auf das Budget 2002 vornehmen müssen, aber ich ersuche trotzdem um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der letzte Antrag bezieht sich auf die Errichtung des Kreisverkehrs, und zwar die Restzahlungen dafür, die auch im beträchtlichen Ausmaß von
S 669.000,-- noch vorliegen und bezahlt werden sollen. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass der Straßenzug Gußwerkstraße damit noch nicht erledigt ist. Für das Budget 2002 ist die Feinasphaltierung vorgesehen und erst dann ist dieser Straßenzug tatsächlich erledigt.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

14) BauStr-12/99

Ausbau der Gußwerkstraße BA 6; Errichtung des Kreisverkehrs; Restzahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. August 2001 wird zur Bezahlung der vorliegenden Rechnung der Auftragserweiterung an die ARGE Kreisverkehr Gußwerkstraße in Höhe von S 668.522,03 inkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 669.000,-- (48.619 Euro) werden bei VSt. 5/612000/002030 „Gemeindestraßen - Straßenbau Hinterberg - Gußwerkstraße“ in Form von noch vorhandenen Mitteln (S 600.000,--) und in Form einer Kreditübertragung (S 69.000,--) von VSt. 5/612000/
002020 „Gemeindestraßen - Ausbau weiterer Straßen“ zur VSt. 5/612000/002030 „Gemeindestraßen - Hinterberg - Gußwerkstraße“ finanziert.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hiezu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich bedanke mich für die Einstimmigkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich bedanke mich für ihre Anträge.

Wir kommen zu der mit Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommenen Resolution - Polizeiwachzimmer.

Der Fraktionsvorsitzende wird gebeten, die Resolution kurz vorzutragen bzw. zu erläutern.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben eine Resolution eingebracht, und zwar zu dem Thema, das ja schon seit einige Zeit diskutiert wird und immer wieder auftaucht, Sparmaßnahmen bei der Exekutive, wo ja unter anderem auch vor einiger Zeit die Debatte über die Zusammenlegung der MEK, also des Mobilen Einsatzkommandos in Oberösterreich, stattgefunden hat. In den letzten Wochen ist die Zusammenlegung oder Schließung von Wachzimmern immer wieder massiv aufgetaucht. Gerade in den letzten Wochen werden auch in Steyr 2 Wachzimmer sehr konkret in Frage gestellt, und zwar das Wachzimmer beim Bahnhof und das Wachzimmer in Münichholz. Ich glaube, gerade durch die Entwicklungen, die auch in unserem Stadtteil feststellbar sind, ist es aus unserer Sicht unzumutbar, dass man bei der öffentlichen Sicherheit Sparmaßnahmen in dieser Form veranlasst. Ich glaube ja persönlich, dass es gerade umgekehrt sein müsste, wenn wir verschiedene Berichte in den Zeitungen lesen - Debatten im Resthof und verschiedene andere Bereiche - dann müsste in der öffentlichen Sicherheit der Einsatz ja verstärkt sein, aber die jetzige Diskussion geht in die gegenteilige Richtung. Aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diese Resolution gestellt.

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 20. 9. 2001

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

R E S O L U T I O N

an Herrn Bundesminister für Inneres Dr. Ernst Strasser (Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter DI Erich Haider abschriftlich zur Kenntnis und dem Ersuchen um Unterstützung).

Die Ankündigungen auf Bundesebene in der Sicherheitspolitik in Österreich Einsparungen vorzunehmen und insbesondere die Zentralisierung der Sicherheitsaufgaben sowie die Auflösung der verschiedensten Sicherheitseinrichtungen (wie der Mobilen Einsatzkommandos), haben in vielen Teilen der Bevölkerung Unbehagen und Unsicherheit ausgelöst.

In den Medienberichten der Vergangenheit wurde dieser Eindruck verstärkt und führt in der Stadt Steyr anscheinend zu Überlegungen, dass mit der Schließung von Wachzimmern in den Stadtteilen die Organisation der Polizei verbessert werden soll. Im Stadtteil Münichholz, wo rund 9.000

Einwohner sowie namhafte Unternehmen wie BMW Motoren und SKF Österreich situiert sind, wäre damit die allgemeine Sicherheit und das Vertrauen in die Präsenz der Polizei vor Ort massiv beeinträchtigt.

Das am ÖBB Bahnhof gelegene Wachzimmer, welches während des Tages in Betrieb ist und vor einigen Jahren mit Millionenaufwand adaptiert wurde, hat ein Einzugsgebiet von rund 8.000 Einwohnern und überdies die Funktion, insbesondere im Bahn- und Busreiseverkehr als Ansprechstelle zur Verfügung zu stehen. In diesem Bereich sind darüber hinaus die großen Industriebetriebe SNF AG sowie Zahnradfabrik Passau (ZF Steyr) angesiedelt.

Wenn nun daran gedacht wird, mit der Schließung der Wachzimmer und dem erhöhten Einsatz von motorisierten Polizeistreifen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen, so trifft dies die Bevölkerung, die bis jetzt im persönlichen Kontakt mit den diensthabenden Polizisten ihre Anliegen in punkto Sicherheit vorbringen konnten. Das Vertrauen der Bewohner in die Polizei gilt als wesentliches Element im subjektiven Sicherheitsempfinden. Die bisher aufgezeichneten Leistungen der Mitarbeiter der Bundespolizeidirektion Steyr sind auch aus der Verkehrs-, Unfall- und Kriminalitätsstatistik abzulesen. Ein mutwilliges Abgehen von diesem erfolgreichen Konzept der Sicherheitsarbeit in Steyr können die Verantwortlichen Kommunalpolitiker in der Stadt und die zuständigen Gemeinderäte in den einzelnen Stadtteilen nicht hinnehmen, denn sie tragen die Verantwortung für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bewohner in ihrem Bereich.

Die Wachzimmer in diesen Stadtteilen aufzulösen würde auch bedeuten, dass dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung seitens des Bundesministerium für Inneres nicht jenes Augenmerk und Bedeutung beigemessen wird, als dies jeder verantwortliche Politiker von sich aus tun müsste.

Auf Kosten der Steyrer Bevölkerung Einsparungen zu treffen, die in keiner Relation mit jenen der Effektivität und dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Stadtteilbevölkerung sowie objektiv im Sinne allgemeiner Sicherheitsstandards stehen, wird seitens des Gemeinderates der Stadt Steyr entschieden entgegengetreten und gefordert, vielmehr für die personelle Ausstattung für einen ausreichenden Sicherheitsdienst zu sorgen.

Aus der Sicht der Stadt Steyr und des Gemeinderates sind daher Überlegungen, die in der Vergangenheit in einzelnen Medien über Information aus dem Sicherheitsbereich transportiert wurden, entschieden abzulehnen und wird daher vehement gegen die Absicht protestiert, in den Stadtteilen Münichholz sowie Ennsdorf - Ennsleite mit über 17.000 Einwohnern die beiden Wachzimmer zu schließen. Es ist inakzeptabel und verantwortungslos, dass seitens des Bundes daran gedacht wird, die Stadt Steyr im Bereich der allgemeinen Sicherheit auszudünnen.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr in Verantwortung für alle Bürger Steyrs stellen daher den Antrag ans Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, zum einen alles zu unterbinden, das den bisherigen Sicherheitsstandard in Steyr reduzieren würde und zum anderen dafür Sorge zu tragen, dass die personelle Ausstattung - wenn nicht erhöht - so doch gleich bleibt und die Wachzimmer Münichholz und Bahnhof verbleiben.

Ich ersuche, diese Resolution auch zu unterstützen um gegenüber dem Ministerium und dem Minister zu signalisieren, dass in der Steyrer Bevölkerung und auch in der Politik doch der große Wunsch vorhanden ist, dass hier nicht in einem so hohen Ausmaß rationalisiert wird, dass nicht die Wachzimmer geschlossen werden, sondern dass wirklich vorgesorgt wird, dass eine bestmöglichste Aufsicht und Sicherheit in unserem Stadtgebiet auch in der Zukunft gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bremm und die anderen werten Einbringer dieser Resolution. Wenn ich mir die Frage erlauben darf; ich habe nachgefragt, weil mich dieser Zeitungsartikel natürlich auch ein wenig irritiert hat. Mir sind seitens des Innenministeriums keine wie auch immer gearteten konkreten Einsparungsmaßnahmen für diese beiden Wachzimmer bekannt geworden. Es ist mir auch gesagt worden, dass es nicht die Absicht ist, diese beiden Wachzimmer zu sperren. Es gab lediglich eine generelle Auflistung aller Probleme und eine Überprüfung aller Möglichkeiten, der Zusammenführung von Wachzimmern. Ich würde sie bitten, dass sie uns vielleicht sagen, auf welche konkreten Unterlagen sich ihre Resolution bezieht.

Wo ich selbst ein Problem mit den Wachzimmern habe, aber das ist leider geschehen, es ist gerade am Stadtplatz eine deutliche Verringerung der Präsenz der Polizei zu bemerken, weil sie jetzt im 1. Stock in der Bank Austria sehr wohl gesichert und geschützt ihr Quartier hat. Auch hier mit sehr großem Aufwand eingerichtet. Hier wäre es sicherlich viel besser gewesen an Ort und Stelle, oder an einer anderen geeigneten Stelle - ebenerdig - gerade am Stadtplatz präsent zu sein. Aber das ist eben passiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Nächster am Wort ist der Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr geehrte Damen und Herren. Es hat so den Anschein, wir kommen schon wieder in eine Sicherheitsdebatte, so wie in der Vergangenheit bei den Mobilen Einsatzkommandos, wo auf einmal besonders die SPÖ gezeigt hat, dass sie sicherheitspolitisch so versiert ist. Mich wundert schon, dass man immer wieder versucht und das wird jetzt anscheinend „IN“, sich hier auf Themen zu begeben, wo an und für sich die Beteiligten selber sagen, sie finden es für richtig. Also ich glaube, sie sind nicht so informiert, aber wenn einmal der stellvertretende Polizeidirektor der Stadt Steyr sagt, das Wachzimmer am Bahnhof braucht er nicht mehr, dann können wir nur mitstimmen und sagen, freilich, dann soll er das schließen. Meine Damen und Herren, ein Wachzimmer alleine macht noch keine Sicherheit. Die Sicherheit macht das Personal, die Polizisten und der Polizist braucht keinen Schreibtisch, der braucht einen Aufenthaltsraum, wo er sich umziehen kann. Der Wachhabende braucht einen Tisch, wo er vielleicht Anzeigen entgegennimmt. Aber die Hauptaufgabe ist es, dass sie sich draußen bewegen. Das will die Bevölkerung, das wollen wir alle. Nicht dass sie in Zimmern drinnen sitzen, die dann vielleicht am Abend versperrt sind. Wenn ein Bürger dann etwas möchte, steht er vor verschlossenen Türen. Wir sind jetzt in einer Zeit, wo jeder sein Handy hat, auch die Polizisten sind erreichbar. Das war früher auch nicht so, da hat es an den Straßenecken ab und zu so Telefone gegeben, die haben sie aufsperren müssen und dann haben sie sich auf dem Rundgang gemeldet, dass sie jetzt dort sind. Die sind heute mobiler, ein Einsatzort in der Stadt ist heute schneller erreichbar, man braucht nicht mehr alle 300 Meter ein Wachzimmer, wo sich dann der Polizist wieder aufwärmen kann.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Sollen wir alle zusperren?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Ich habe nicht gesagt alle, aber Herr Stadtrat, wenn die Polizei selber sagt, sie brauchen sie nicht mehr, warum reden wir dann noch lange herum?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein? Aha, ich habe den Kollegen Payrleithner aufgeschrieben. Vielleicht habe ich das verwechselt, sie sehen sich so ähnlich mit den Bärten.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir haben in diesem Kreis ja schon öfter über den Sinn und Zweck von Resolutionen diskutiert und wir sind eigentlich zu dem Schluss gekommen, dass wir diese „Waffe“ - und das soll ja eine solche sein, die der Gemeinderat hier einsetzten kann, sei es Landes- oder Bundesthemen - auch scharf lassen soll und auch nur dann einsetzen soll, wenn es einen Sinn ergibt. Wenn, wie in diesem Fall, auf der offiziellen Schließungsliste des Bundes Wachzimmer in Steyr gar nicht vorgesehen sind, dann frage ich mich schon, was eigentlich der Sinn und Zweck dieser Resolution ist. Oder ist es nur der, dass man wieder einmal auf Rot-Grüner Ebene so ein bisschen Giftpfeile in Richtung Bundesregierung schießen will. Man probiert dies ja derzeit auf mehreren Ebenen, in den Betrieben macht das die Gewerkschaft als Vorfeldorganisation der SPÖ und im Gemeinderat soll das jetzt mittels Resolutionen ähnlich erfolgen. Ich halte persönlich nicht sehr viel davon, weil der Sinn und Zweck einer Resolution dadurch etwas verwischt wird. Das ist die eine Geschichte. Zum anderen soll man sich schon auch damit auseinandersetzen, was die offizielle Polizeierklärung zu diesem Thema ist. Die steht ja auch heute in den Zeitungen und da wird, was der Kollege Fürweger angeschnitten hat, sehr wohl erklärt, dass die Polizei selber damit kein Problem hat, im konkreten Fall mit dem Wachzimmer Bahnhofstraße sogar selber vorschlägt, unter Umständen dieses Wachzimmer zu schließen, obwohl es vom Innenminister gar nicht gefordert wird, weil man dadurch das ohnehin offensichtlich weniger vorhandene Personal in den anderen Wachzimmern besser einsetzen kann bzw. was noch besser wäre, mehr Polizisten auf die Straße bekommen könnte, was ja grundsätzlich im Interesse unserer Bürger ist. Was natürlich nicht heißt, dass wir jetzt alle dafür eintreten, Wachzimmer zu schließen. Das ist eine eigene Geschichte, das wollen wir nicht. Ich höre schon den Kollegen Bremm, wenn er hinausgeht, die FPÖ ist dafür die Wachzimmer zu schließen. Das ist eine andere Geschichte. Nur, man muss sich mit dem auch auseinandersetzen, was die Polizei selber sagt, sie ist sicher über den Sicherheitszustand in unserer Stadt besser informiert als wir.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Ich kann meinem Kollegen, dem Herrn Dr. Pfeil, wirklich zustimmen, es ist tatsächlich so, dass vom Innenministerium keine Schließung in Steyr geplant ist. Es ist eine Aufforderung an die Polizeidirektion Steyr erfolgt, Vorschläge für Einsparungen zu machen. Das ist auch die Auskunft, die nicht nur vom Innenministerium gekommen ist, sondern auch vom hierorts ansässigen Polizeidirektor, der gesagt hat, das was von den Medien geschrieben wird, versteht er überhaupt nicht, das stimmt auch überhaupt nicht. Herr Bürgermeister, ich glaube, er hat auch selbst mit ihnen gesprochen, wo er das korrigiert hat. Von ihm erfolgt jedoch der Vorschlag, wenn man in Steyr Einsparungen verlangen sollte, dann könnte er sich am ehesten vorstellen, das Wachzimmer am Bahnhof zu schließen, nachdem es bereits sowohl in der Nacht, als auch die meiste Zeit am Tage geschlossen ist. Er sagt, mit dieser Schließung hätte er kein Problem, an Münichholz ist nie gedacht worden und steht auch nicht zur Diskussion. Es wurde auch keine Schließung eines Wachzimmers vom Innenministerium verlangt, das ist Faktum. Wo das herkommt weiß ich nicht, entweder hat hier ein Personalvertreter versucht sich in Szene zu setzen, oder sonst irgendwas, aber es entbehrt auf jeden Fall jeder Grundlage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir sind gelernte Österreicher und Österreicherinnen und was Einsparungen bedeuten, wissen wir mittlerweile. Wer es bis jetzt noch nicht begriffen hat, dass Einsparungen Abbau von irgendwelchen Leistungen, Schließungen, Auslagerungen oder sonstiges bedeuten, der versteht das Wort „Einsparungen“ in der letzten Zeit nicht mehr richtig. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein Faktum ist, wenn eine Dienststelle wie die Polizeidirektion gesagt bekommt, dass sie vorschlagen soll, wo sie einsparen, dass dann natürlich das Erste ist, dass bei allen die Alarmglocken läuten. Wie wir es bei den Gendarmeriedienststellen oder sonstigen gehabt haben, dass das Zusammenlegungen oder Schließung bedeutet. Es ist letztlich wirklich so, dass Einsparungen immer eine Konsequenz nach sich ziehen, denn ich habe noch nie eine Einsparung gesehen, die keine Konsequenz nach sich zieht. Wenn man dann den heutigen Artikel in der Rundschau liest, wo der Herr Zentralinspektor Slawinger sagt, dass er eh froh ist, wenn er nicht einen Beamten in ein Wachzimmer binden muss, sondern ihn auf die Straße schicken kann, dann ist es ja indirekt eh schon bestätigt, wo das hingeht. Aber, dass das Ganze natürlich deswegen entsteht, weil man vorher schon lange genug Planstellen eingespart hat, weggestrichen oder weggenommen hat, die Polizeidirektion in den letzten 2 Jahren 15 Planstellen verloren hat und dass man deswegen vielleicht weniger Leute auf den Straßen sieht, oder ein Wachzimmer nicht mehr betreiben kann, das gehört auch dazu gesagt. Denn das waren alles vorbereitende Maßnahmen und jetzt sparen wir zusätzlich noch einmal ein, daher muss man die Dinge schon auch beim Namen nennen und nicht durch die Gegend gehen, die Augen schließen und sagen, es wird schon nichts passieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Weitere Wortmeldungen sehe ich zur Zeit nicht, daher möchte ich kurz den Vorsitz abgeben und mich zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren, irgendwer hat gesagt, ich glaube das war der Kollege Payrleithner, man versucht hier das Instrument Resolution zu mobilisieren und als Rot-Grüne Giftpfeile sozusagen Richtung Bundesregierung abzuschießen. Ich muss sagen, das ist schon eine recht interessante Begründung, die dir da eingefallen ist, lieber Hans. Denn es handelt sich dabei nicht um eine Bundesentscheidung, die uns an und für sich eh nicht berühren würde. Ich glaube, dass uns das in unserer Stadt Steyr sehr wohl berührt und dass uns das natürlich etwas angeht. Wenn ich mich nur ein bisschen zurück erinnere, das ist eine Möglichkeit die älteren Mitbürgern stärker in Erinnerung ist und Möglichkeiten eröffnet als jüngeren Mitbürgern, dann muss ich ihnen gerade in dieser Angelegenheit mitteilen und vermelden und ihr wisst es eigentlich eh selber genau, dass z. B. dieses Wachzimmer Bahnhofstraße, welches jetzt zugesperrt werden soll - weil die Rede war eigentlich eh von 2 Wachzimmern, die zugesperrt werden sollten - erst vor ca. 3 Jahren eingerichtet wurde, über besonderen Wunsch der Steyrer Polizeidirektion und auch der Personalvertretung in diesem Bereich. Mindestens 3-mal waren sie bei mir und mindestens 2-mal habe ich mit dem Bundesminister Löschnak gesprochen. Alle waren happy, wie wir die Hundestaffel im Steyrdorf gemacht haben, Herr Kollege Fürweger, sie sind auch dabei gestanden und haben applaudiert, mit ihren kleinen „Handerln“, wie die Hunde vorbeigegangen sind, und alles das war von unserer Bevölkerung sehr gewünscht. Öffentliche Sicherheit ist ein Wert an sich, darüber müssen wir uns schon im Klaren sein. Ich bin ja kein Anhänger des Polizeistaates, ganz im Gegenteil, aber eine gewisse Präsenz der Polizei hat hier etwas damit zu tun und es gibt hier eine Korrelation. Ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, wenn heute die Polizei in Steyr sagt, dass das eh klass ist, dass es dieses Wachzimmer am Bahnhof nicht mehr gibt - so wird das hier ja fast interpretiert - dann muss ich sagen, dass sie vor 3 oder 4 Jahren genau das Gegenteil vertreten haben und einen Blödsinn geredet haben, als sie mich gebeten haben, das zu unterstützen. Oder sie reden jetzt einen Blödsinn, oder es ist etwas entstanden, was man massiven Druck nennt und vielleicht können sie auch nichts anderes reden. Sie sind

natürlich auch Befehlsempfänger und weisungsgebunden, uniformiert wie sie sind. Nur wir, als politische Vertreter unserer Stadt, haben das Befinden und das Wohlergehen der Bürger im Auge zu haben und wenn ich meine, dass dort auf einmal kein Wachzimmer mehr ist - weil das wäre es ja, wenn man den Gedanken fortsetzt, wie sie gesagt haben, Herr Kollege Fürweger, die beste Polizei und Exekutive, wenn kein Wachzimmer mehr wäre, denn dann wären alle auf der Straße und dann wäre die Sicherheit am größten. Manche haben es auch schon bedauert, dass sie nicht mehr im Rathaus sind und selbst der Herr Dr. Pfeil hat gemeint, sie sind jetzt dort oben in der alten Sparkasse etwas entrückt und er würde sie gerne mehr in der Nähe, herunten am Stadtplatz haben. Also man muss sich schon überlegen, was man da sagt. Es herrscht momentan eine Spar- und Veränderungswut ohne Maß und Ziel in allen Bereichen, glaube ich. Denn öffentliche Sicherheit haben wir uns leisten können, da ist es dem Land viel schlechter gegangen als jetzt. Man muss das auch sehen, in dieser Zusammenschau mit dieser geplanten Zusammenziehung der Mobilen Einsatzkräfte im Raum Mondsee, darüber haben wir auch schon einmal diskutiert. Alle drei Bürgermeister sind der Meinung, dass das schlecht ist und dass wir das nicht wollen und dass die Motive für die Begründung dieser MEK's ja nicht weggefallen ist. Ganz im Gegenteil, alle reden von Bandenkriminalität und von Entwicklungen, die höchst gefährlich sind, internationaler Bandentätigkeit etc., aber was geschieht, jetzt werden die im Mondsee zusammengezogen und brauchen 1 1/4 Stunden bis sie überhaupt zu uns herkommen und kennen sich natürlich bei uns nicht aus, weil sie die bodenständigen Verhältnisse nicht kennen können, auch nicht die potentiellen Täter. So schaut das nämlich aus unserer Sicht aus. Wenn man sich da zum Wort meldet, dann ist das legitim. Und wenn der Gemeinderat hier darüber diskutiert, dann ist das, glaube ich, aus der Sicht der Bürger und dem Wunsch nach öffentlicher Sicherheit, der bei den Bürgern sehr verbreitet ist, mehr als manche glauben, dann ist das nur in Ordnung wenn man sich dieser Dinge wirklich annimmt. Das ist ja kein Einzelfall. Heute beim Würstelstand erzählt mir der Pfarrer von Christkindl, dass er gerade gehört hat, dass das Christkindlpostamt jetzt auch zugesperrt wird, nicht ganz, aber am 25. Dezember wird es zugesperrt und nicht mehr bis Heiligen Drei Könige. Somit wird dort auch eine Reduktion im Zuge der Sparmaßnahmen bei der Post realisiert. Ihm haben sie das unter der Tuchent erzählt. Sein Anruf in der Generaldirektion ist bis jetzt nicht beantwortet worden. So wird das auf der ganzen Linie gespielt. 3-mal dürfen sie raten, wohin das führt; gut ist das nicht. Also ich meine, dass das eine Entwicklung ist, die jedenfalls in die falsche Richtung geht und dass wir in einer solchen Angelegenheit als Gemeinderat nicht zu schweigen brauchen. Das sind keine Rot-Grünen Giftpfeile, sondern das ist einfach das Artikulieren von Auffassungen und Meinungen von Gemeindevertretern, die ungefähr wissen, wie die Stimmung bei unseren Leuten, bei unseren Einwohnern ist. Daher möchte ich schon bitten, dass wir das von dieser Seite beurteilen und nicht wie irgendeiner vielleicht sagen muss. Denn dass die Polizei lieber bessere Verhältnisse hätte, das ist eigentlich völlig klar.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Fürweger, die zweite.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Herr Bürgermeister, weil sie mich so angesprochen haben. Ich glaube, der einzige Grund ist der, weil jetzt der Innenminister der ÖVP angehört und nicht der SPÖ, sonst hätten wir es damals in der Sierninger Straße mit dem Wachzimmer sicher leichter gehabt. Weil sie das angesprochen haben, das ist kein richtiges Wachzimmer, das ist ein Hundewachzimmer. Da waren wir selber überrascht, wie es eröffnet wurde, dass das eigentlich nur ein Hundewachzimmer ist und kein richtiges Wachzimmer. Damals hat es einen Grund gegeben. Das waren die Unruhen in Steyrdorf und man hat von der Bevölkerung gehört, man möchte dieses Wachzimmer, das es damals gegeben hat - Ecke Sierninger Straße - Frauengasse - man möchte in diesem Stadtteil wieder ein Wachzimmer haben. Man hat geglaubt, mit einem Wachzimmer ist die Präsenz dann abgetan. Aber noch einmal, das habe ich schon bei meiner ersten Wortmeldung gesagt, das Wachzimmer ist es nicht. Es ist der Mensch, es

ist der Polizist und der hat seine Tätigkeit - das haben wir jetzt x-mal gehört - mehr im Äußern zu tun als drinnen. Und wenn du, Willi Hauser, sagst, es sind Posten in der Polizeidirektion eingespart worden, dann ist das gut so. Wir brauchen mehr Indianer und weniger Häuptlinge.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Die sind eh bei der Sicherheitswache eingespart worden.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Die Polizisten gehören hinaus und nicht drinnen beschäftigt an den Schreibtischen. Das ist das um und auf, Herr Bürgermeister, und wenn sie das jetzt so sagen, dann ist das rein eine bundespolitische Diskussion. Ich höre das vollkommen heraus, das ist eine reine polemische Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wenn der Herr Bundesminister das wirklich so meint, wie ihr das sagt, dann will er ja eh die beste öffentliche Sicherheit in Steyr haben. Er ist der Meinung, dass das dadurch erreicht wird, dass das Bahnhofswachzimmer zugesperrt wird. Wir nicht! Mir hat heute Mittag noch der Personalvertreter gesagt, dass nach Wien die Meldung abgehen wird, dass in Anbetracht dessen, was von ihnen verlangt wird, die einzige Möglichkeit ist, dass das Wachzimmer zugesperrt wird und die Leute nach Münichholz versetzt werden. Ich kenne die Meinung vom Polizeidirektor, ich kenne auch die Meinung vom Linzer Polizeidirektor und ich habe mir auch die Meinung vom Schwechater Polizeidirektor angehört. Der hat seine Meinung gesagt und ist mittlerweile im Innendienst des Ministeriums verschwunden, weil er das getan hat. Es ist momentan eine Vorgangsweise, die es nicht sehr geboten erscheinen lässt, wenn man Uniformträger ist und in diesen Diensten tätig ist, da eine von der Ministeriumshaltung sehr abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Genauso ist das.

Unverständlich Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte nur feststellen, wir als Stadtpolitiker sind in der angenehmen Lage, dass wir das sagen können, was wir meinen. Das können nicht alle, das kann ich ihnen versichern.

Weitere Wortmeldung, Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ja wirklich leicht, gerade in Richtung ihrer Fraktion, sehr geehrter Herr Bürgermeister, leicht zu erkennen, woher der Wind weht. Wann der Hans Payrleithner sagt, Rot-Grüne Pfeile gegen die Regierung, dann trifft das auch den Kern. Ja, was soll das denn sonst sein, ihre Argumentation, Herr Bürgermeister seien sie mir nicht böse, ist ja teilweise an den Haaren herbeigezogen. Sie sagen, vor 3 Jahren ist das eröffnet worden und dann wird das gerade so geschlossen und die Sicherheit ist in Steyr gefährdet. Dann frage ich sie, was war denn eigentlich davor, vorher waren sie auch schon 7 Jahre lang Bürgermeister, war Steyr davor eine unsichere Stadt? Wegen der Schließung, die ja überhaupt in Frage zu stellen ist, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Immer wenn man was Wahres sagt, dann schreien alle.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich finde es ja direkt lustig. Wir werden es eh erleben, dass es zugesperrt wird. Ich glaube auch nicht, dass wir das ändern.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werden wir sehen, ob es zugesperrt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Aber zu sagen, was man sich denkt, das wird ja in diesem Landl doch noch erlaubt sein.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Alles können sie sagen, selbstverständlich. Darum diskutieren wir ja. Sie sagen, es wird zugesperrt. Werden wir sehen, ob das überhaupt richtig ist, denn nach den derzeitigen Informationen ist das gar nicht der Fall. Davon abgesehen, wenn die Polizei selber sagt, sie könnten damit leben, dann wird das wahrscheinlich nicht so schlimm sein. Ich sage einmal, dass die Herren dort oben auch ungefähr wissen werden, was aus sicherheitspolitischen Gründen in Steyr notwendig ist und was nicht.

Weil sie sagen, die Vorgangsweise der Bundesregierung gefällt ihnen nicht, na das haben sie jetzt irgendwie verpacken müssen, dass sie dort und da einsparen müssen. Nur einmal zum Abschluss, glauben sie, dass die Einsparungsmaßnahmen ein Selbstzweck sind? Dass der Innenminister das, was er spart, in seine eigene Tasche schiebt, oder der Grasser, oder wie sie alle heißen? Die Ursache, und das sollte schon immer klar sein, wenn sie die Einsparungen bekritteln, was ist die Ursache? Faktum ist ja bitte, dass in 30 Jahren sozialistischer Finanzpolitik ...

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
... es ist leider so und das ist auch nicht zum Lachen, 1.700 Mrd. Schilling Schulden gemacht worden sind und diese Schulden sind jetzt abzubauen. Daher ist es erforderlich, dass man Einsparungen macht. Einsparungen dort und da, ob das jetzt ein Postamt ist oder sonst was. Das muss man machen, weil über kurz oder lang wird man es nicht schaffen, dass man einfach Gebühren erhöht - das ihr natürlich auch kritisiert und teilweise auch zu Recht - nur Einsparungen muss man treffen. Ich habe keine einzige Einsparungsmaßnahme, die vorgeschlagen worden ist, gesehen, wo ich von euch gehört hätte, ja das können wir machen. Unter diesem Aspekt ist es durchaus zutreffend und ich kann dem Hans Payrleithner nur Recht geben, es ist leicht erkennbar, woher der Wind weht. Deswegen ist es auch nicht richtig, dass man eine Resolution macht, dass man dieses Instrumentarium missbraucht und einfach sagt, man macht da etwas, was wirklich nur einen parteipolitischen Hintergrund hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das habe ich mir gedacht, dass ihr euch nicht gegen die Bundesregierung stimmen traut. Wenn es die Polizei noch so für richtig empfindet. In Steyr gibt es um 30 Polizisten weniger gegenüber vor 20 Jahren. Die sind jetzt weniger da, daher ist die öffentliche Sicherheit betroffen.

Walter Gabath hat das Wort, alle sind aufmerksam.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe nur 2, 3 Sätze dazu zu sagen. Ich erinnere mich zurück, vor ca. 2 ½ Jahren war der erste Plan, Bahnhofstraße zu schließen. Ich habe gemeinsam mit der Belegschaftsvertretung der Polizei einen Brief an den Minister geschrieben, dass wir das ein bisschen komisch finden, wenn das eröffnet wird. In der Resolution ist meiner Meinung komplett falsch, dass Bahnhofstraße 8.000 Leute betreut, Ennsleite ist nie dabei gewesen. Damals war der Plan, die neue Verkehrsdrehscheibe und tagsüber ein Wachzimmer in der Nähe zu haben. So habe ich das in Erinnerung und so stimmt es. Wenn diese Resolution, dieser Bericht heute nach Wien gegangen ist, ich bin noch nicht verständigt worden, obwohl ich mit diesen Herrschaften von der Belegschaftsvertretung ständig in Kontakt bin, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass da Münichholz drinnen steht, weil Münichholz war nie in Frage gestellt, war auch damals nie in Frage gestellt. Also, die Resolution, ich könnte ihr zustimmen, wenn es nur um die Bahnhofstraße geht, aber Münichholz ist wertfrei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das haben wir ja nicht erfunden.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Münichholz ist meiner Meinung nach erfunden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Man verlangt die Schließung von 2 Lokalen, damit man eine Schließung erreicht und das Personal wird nach Münichholz überstellt. Das hat mir der Kallaschek heute Mittag gesagt. Ich kann ja nur von den Leuten reden, die mit mir im Kontakt treten. Der Polizeidirektor empfindet die Debatte darüber eh gar nicht mit so großer Freude, ihm wäre es anscheinend lieber, wenn es ruhiger ginge. Ich weiß es nicht. Ich finde halt, das ist eine eindeutige Geschichte. Weniger Wachzimmer, weniger Polizisten, weniger Sicherheit, das hängt leider zusammen.

Herr Walter Oppl ist am Wort.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Nicht weil jetzt vom Kollegen Gabath die Ennsleite angesprochen wird, aber ich wüsste nicht von wo die Ennsleite mitbetreut wird, als vom Wachzimmer Bahnhofstraße. Ich möchte nur grundsätzlich ein paar Worte sagen. Einmal zum Kollegen Dr. Wetzl. Weil ich da so rausgeschrieen habe, das Wachzimmer Bahnhofstraße hat es immer gegeben, das ist nur renoviert worden, da unterliegen sie schon einem Irrtum, wenn sie glauben, das Wachzimmer ist erst vor 3 Jahren gegründet worden. Das hat es immer schon gegeben. Ich darf ihnen nur eines sagen, und da möchte ich auf die Worte von unserem Herrn Bürgermeister zurückkommen. Es ist tatsächlich so, wenn heute der Magistratsdirektor hausintern die Weisung gibt, irgendwo Einsparungen zu treffen und das haben wir in den letzten Jahren ja des vielfachen durchexerziert, dann war eben das die Weisung und dann hat eben irgendwo das eingespart werden müssen. Genau die selbe Situation ist jetzt bei der Polizei und da könnt ihr jetzt herumreden was ihr wollt, es gibt vom Innenministerium keine definitive Aussage, dass das oder das zugesperrt werden muss. Es ist aber definitiv, dass ein Erlass gekommen ist, dass sie Vorschläge auf den Tisch legen müssen, dass eben Einsparungen zu treffen sind und ich weiß das als unmittelbar Betroffener, weil sich die Kollegen von der Bundespolizeidirektion von mir die genauen Einwohnerdaten pro Stadtteil geholt haben und ich mit ihnen gesprochen habe. Es geht auf das hinaus, es muss mindestens ein Wachzimmer eingespart werden. Das ist definitiv und da kann man sich jetzt 20-mal auf den Standpunkt zurückziehen und sagen, ja der Innenminister hat ja überhaupt noch nichts gesagt, was zugesperrt werden muss. Es ist so, und da fährt - wie man so schön sagt - die Eisenbahn darüber. Ich verstehe eure Argumentation überhaupt nicht, wenn ihr euch jetzt da herstellt und sagt, das sind Rot-Grüne Giftpfeile gegenüber der jetzigen Regierung. Ich frage euch, was wäre denn umgekehrt? Wäre jetzt die SPÖ in der Regierung und wir hätten einen roten Innenminister und der rote Innenminister würde Einsparungsmaßnahmen treffen und sagen, das Wachzimmer muss zugesperrt werden? Gerade sie, Herr Fürweger, weil sie mich so anschauen, weil sie mich so fixieren, ich bekomme ja richtige Angst vor dem Blick. Sie würden als erster heraufkommen zum Pult und würden wettern, dass das ein Skandal, eine Schweinerei und Sauerei ist, dass wir überhaupt einen solchen Gedanken haben. Also, automatisch, nur weil es euch jetzt in den Gram hineinpasst - sage ich jetzt einmal frei von der Leber heraus - zu sagen, dass wir grundsätzlich gegen alles sind, nur weil es eine Schwarz-Blaue Regierung ist, so kann man das nicht sehen. Man muss das schon objektiv sehen und gerade wir, als Stadtpolitiker. Wir haben es ja schon einmal vorexerziert, wenn ihr euch erinnert, mit den Kategorie-Mietzinsen, da seid ihr herausgekommen und habt süffisant gesagt, ja das sind ja eure Leute da unten, die haben das beschlossen. Wir haben gesagt, das ist nicht in Ordnung und wir haben den Beschluss gefasst - sogar einstimmig, wenn ich mich richtig erinnere. Warum ist das nicht möglich, da geht es rein um die Sachlichkeit und wenn wir als Stadtpolitiker der Meinung sind, dass wir für unsere Bürger da sind und das Sicherheitsbedürfnis erfüllen sollen, dann bricht man sich ja keinen Stein aus der Krone, wenn man sagt, okay, wir machen eine gemeinsame Resolution. Ich weiß nicht, wo ihr da das Problem seht. Es ist natürlich leichter, sich heraus zu stellen und zu sagen,

das ist ja klar, das sind Giftpfeile von Rot-Grün auf die Regierung. So ist das nicht, uns geht es da um das Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung und sonst nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Es ist jetzt wirklich sehr viel über diese Resolution gesprochen worden und gerade weil sich der Kollege Oppl entsprechend geäußert hat, möchte ich meine Meinung auch kundtun. Es ist schon hoch interessant, wenn man jetzt den Verlauf der Einbringung dieser Resolution betrachtet. Wenn sie, Herr Kollege Oppl, sagen, dass wir da eine gemeinsame Resolution verabschieden sollten und auch die Freiheitlichen mit dabei sein sollten, warum sind sie dann nicht gekommen und haben vor Beginn der Sitzung einen der Freiheitlichen kontaktiert und gefragt, wie schaut es da aus, könnt ihr da mitmachen oder nicht? Diese Resolution ist sogar so überraschend gewesen, weil der Kollege Bremm jetzt mich anschaut - aber ich fürchte mich nicht vor seinem Blick - der Kollege Bremm war ja so überrascht, dass er zuerst gar nicht gewusst hat, wer den Zettel überhaupt unterschrieben hat, wie der Herr Bürgermeister darauf hingewiesen hat, dass es heute einen Dringlichkeitsantrag geben wird mit dem Inhalt. Im Verlaufe der weiteren Sitzung habe ich den Herrn Magistratsdirektor gebeten, dass er uns ein Exemplar vervielfältigt und uns zur Verfügung stellt. Also bitte, ich muss wirklich sagen, das ist eine Scheinheiligkeit par excellence, dass ihr jetzt haben wollt, dass die Freiheitlichen und meinetwegen auch die Kollegen der ÖVP diese Resolution mitbeschlossen hätten. Daraus ist eindeutig und klar zu schließen, dass das nichts anderes ist als ein Alibiantrag, im Hinblick darauf, dass es eine Rot-Schwarze Bundesregierung gibt. Das ist die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Roman, ich habe das schon gesagt, ich möchte nicht dass das untergeht. Heute um ½ 12 Uhr ist der Personalvertreter herunter gekommen und hat mir hier im Vorhaus unseres Rathauses gesagt, dass es dazu kommen wird, aufgrund dessen ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Wir machen doch keine Personalvertreterpolitik! Wir sind normale Gemeinderäte und keine Personalvertreter, jetzt hören sie einmal auf mit dem.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Sie haben mit Personalvertreter ja nichts am Hut, aber ich bin schon interessiert zu hören, was bei der Polizei los ist.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Polizeidirektor!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wissen sie, mit dem habe ich kein Problem. Aber der Polizeidirektor wird zum Schluss auch nichts anderes sagen, als dass das Wachzimmer Bahnhof zugesperrt wird. Es geht da um die Fakten. Theoretisch können sie dann noch ein Wachzimmer zusperren, ich bin ja neugierig, wann ihr munter werdet. Sie müssen dem ja nicht zustimmen. Ich habe es eh nie gerne gehabt, solche Resolutionen gegen die Bundesregierung oder die Landesregierung zu beschließen. Ich bin meistens zu meinen Vertretern, Freunden, Gesinnungsgenossen oder zu denen, die die selbe Weltanschauung vertreten, hingegangen und habe gesagt, das passt uns nicht. Das ist nicht in Ordnung, wir können mit dem

nämlich nicht gut leben. Wir halten das für falsch, überlegt euch das, ändert das noch einmal. Das kann man nämlich auch tun. Ihr werdet irgendwann auch einmal mit euren Leuten reden müssen, wenn sich Entwicklungen ergeben, die uns nicht passen. Es passt mir schon einiges nicht, aber nicht weil das der oder der macht, mir hat auch einiges nicht gepasst, was unsere seinerzeit gemacht haben. Nur mir passt es nicht, wenn das Christkindlpostamt nur mehr die Hälfte der Zeit offen lässt, und es passt mir auch nicht, wenn sie jetzt ein Wachzimmer nach dem anderen vielleicht zusperren. Das wird man doch noch sagen dürfen. Ich glaube, dass man es als Gemeinderat sogar sagen muss. Das kann doch nicht als eine einseitige parteipolitische Haltung bezeichnet werden, sondern da geht es um grundsätzliche Entwicklungen in unserer Gebietskörperschaft, wo wir zuständig sind und wo wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden. So wäre es gut, wenn wir diskutieren würden, liebe Freunde, und nicht nur immer sehen, der hat da eine besondere parteipolitische Überlegung im Auge. Zur Zeit können wir es aber wahrscheinlich eh nicht auf einer andren Ebene bringen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Der Herr StR Bremm hat mit der Bundespolitik angefangen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wenn es ihnen hilft, dass sie eine Entschuldigung haben, dann ist es ja in Ordnung.

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, eine konkrete Frage. Als der Herr Inspektor Kallaschek heute Mittag um ½ 12 Uhr bei ihnen war, hat er ihnen da gesagt, dass es nach Wien hinunter gemeldet wird, dass das Wachzimmer Münichholz gesperrt werden soll oder nicht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Warum steht es dann in diesem Dringlichkeitsantrag drinnen, der nachher verfasst und unterschrieben wurde? Das entbehrt jeglicher Grundlage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Münichholz ist ja in den Zeitungen gestanden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Noch einmal, gehen wir jetzt nur nach Gerüchten, oder versuchen wir nach Fakten zu gehen? Wenn sie heute die Mitteilung bekommen haben, dass es sich ausschließlich um das Wachzimmer Bahnhof handelt, dann verstehe ich diese Resolution nicht, weil sie das Bild vollkommen verzerrt und nicht den Tatsachen entspricht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das entspricht jedenfalls den Meldungen, die in den Zeitungen gestanden sind. Wir haben ja leider vom Ministerium, von übergeordneten Dienststellen der Polizei, keine besondere Information. Es zeichnet sich ab, dass es in Steyr ein Wachzimmer weniger geben wird. Aber ursprünglich war die Rede von 2 Wachzimmern.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, ich habe mit dem Polizeidirektor gesprochen, der hat gesagt, er hat das selbe mit ihnen besprochen und da war nie die Rede von einem Wachzimmer Münichholz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, das hat er nicht. Ich habe mit dem Polizeidirektor in dieser Angelegenheit noch nicht reden können. Ich weiß, dass er einmal mein Büro angerufen hat, aber wir haben miteinander darüber noch nicht geredet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Fakt ist, dass nie über Münichholz gesprochen worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich meine, wir können eh Münichholz gerne rausstreichen. Stimmen sie dann zu? Wenn ja, dann ändern wir das, wenn sie sich dann leichter tun, überhaupt kein Problem, uns geht es ja nur darum, dass in Steyr nicht weniger Wachzimmer werden.

Diskussion verschiedener Mandatare

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Vom Herrn Mayrhofer wird gerade signalisiert, wenn die Passage mit Münichholz herausgestrichen wird und nur das Wachzimmer Bahnhof stehen bleibt, dann können sie sich eine Zustimmung vorstellen. Immerhin, das ist ja schon was, weil es zeichnet sich jetzt anscheinend ab. Ich meine, das kann ja eh der Herr Kallaschek nicht entscheiden, aber der Herr Kallaschek hat mir gesagt, dass es jetzt wahrscheinlich so sein wird, dass unter dem Einsparungsdruck, unter dem die Polizeidirektion Steyr gestellt wird, es wahrscheinlich dazu kommt, dass das Wachzimmer Bahnhof gesperrt wird und das Personal - das verlangen sie und das hofft er, dass das geschieht - in das Wachzimmer Münichholz zugeordnet wird. Das war die letzte Meldung, aber er wird mich am Laufenden halten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber wenn Münichholz schließt, wie es da drinnen steht, dann werden sie die nicht Münichholz zuordnen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Lassen wir den Kollegen Bremm seine Ausführungen vortragen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Roman Eichhübl, zu dem, weil du dich beklagt hast, dass du nicht eingebunden worden bist, oder nicht gefragt worden bist, was die freiheitliche Fraktion dazu sagt. Das war wirklich keine Absicht, ich nehme das auf mich, dass das nicht so geschehen ist. Wir haben diese Resolution auch erst heute um 13.30 Uhr in unserer Fraktion besprochen. Zuerst habe ich es dem Kollegen Apfelthaler gegeben, der hat es gelesen, dann habe ich es dem Kollegen Mayrhofer gegeben, die haben das auch gelesen, aber der Herr Bürgermeister war in seiner Einleitung relativ schnell und da ist es sich dann zeitlich nicht mehr ausgegangen, dass ich dich auch noch dazu fragen hätte können. Der Herr Dr. Pfeil war ja noch nicht da, der ist erst später gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nicht mehr da, denn ich war bis 5 Minuten vor 14.00 Uhr da.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Da haben wir uns aber nicht gesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, das ist ein Pech.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich muss ehrlich sagen, wenn ich sonst kein anderes Pech hätte, dann wäre das zum Aushalten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dann hätten sie es dem Kollegen Eichhübl sagen können.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich habe es ja gerade versucht zu erläutern, dass das keine Absicht war.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn sie es ihm nicht zeigen konnten, dann hätten sie es mir auch nicht zeigen können.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich habe mich ja eh nicht auf sie rausgeredet, aber der Kollege Eichhübl hat auf sie gedeutet. Wie ich die gehabt habe, habe ich sie nicht mehr gesehen, jetzt hätte ich es ihnen auch nicht geben können. Ich hätte es aber dem Kollegen Eichhübl geben wollen, aber die Zeit ist uns etwas davon gelaufen. In Anbetracht der Diskussion, wie die geführt wird, ist es, glaube ich, eh ziemlich egal ob du es gelesen hättest oder nicht. Es ist schon sehr interessant, wie diese Debatte stattfindet. Das einfach so herunter zu spielen, das seien Rot-Grüne Giftpfeile gegen die Regierung, ich muss ehrlich sagen, das ist schon sehr einfach dargestellt. Die schließen uns das eine oder andere Wachzimmer, die drehen uns was weiß ich alles zu und wir müssten dasitzen, die Hände auf der Bank und sollten schön ruhig sein, nur weil eure jetzt an der Regierung sind. Es wird doch legitim sein, und es ist auch unsere Aufgabe als Stadt, dass wir uns dagegen wehren. Ich kann mich da noch an heftige Diskussionen erinnern und wir haben das auch mitunterstützt, wenn der Herr Dr. Pfeil als Verkehrsreferent gekommen ist, weil die eine oder andere Bahnlinie wieder eingestellt worden ist. Da hatten wir einen roten Minister, aber wir haben da nicht gemauert und gesagt, das ist alles ein Blödsinn und das sind blaue Giftpfeile.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Unter dem Steyrer Stadtplatz den Hauptbahnhof zu machen, das hat er uns schon zugelassen, der Herr Klima.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Auf Empfehlung von dem Verein „Fahrgast“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt provozieren sie mich aber, Herr Dr. Pfeil. Ich lese ihnen aber gerne etwas von der Frau Minister Forstinger vor, zu der gewünschten Linie Haag - Sattledt. Das wird nicht ins Auge gefasst.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber unter dem Stadtplatz einen Bahnhof zu machen und das um S 700.000,-- untersuchen zu lassen, das war wirklich eine Schnapsidee.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Das ist ein anderes Thema. Ich habe es nur erwähnt, weil es einfach so in das politische Eck gedrängt wird, dass wir Bundespolitik hineinbringen wollen. Es geht darum, dass wir uns als Stadtvertretung dagegen wehren, dass hier im Sicherheitsbereich massive Einsparungen getroffen werden. Natürlich ist das ein guter Schmäh, zuerst hungert man sie mit den Leuten aus, dass man dann die Wachzimmer nicht mehr besetzen kann und dann sagt man, wir haben eh jetzt schon keine Leute mehr dort, jetzt sperren wir das Wachzimmer zu. Beim Nächsten werden wir das auch so machen und das setzt sich so fort. Ich glaube, dass es in unserer ureigensten Verpflichtung ist, ohne das durch die Parteibrille zu sehen, dass wir uns dagegen wehren. Eines ist schon klar, dass ein Polizeiwachzimmer in den Stadtvierteln schon zu der Sicherheit beiträgt und dass das für die

Bevölkerung eine Beruhigung ist. Nicht dass man sagt, am schönsten wäre es, wenn wir gar kein Wachzimmer hätten. Ich hoffe, dass das Protokoll keiner zu lesen bekommt, denn da können alle ungestört weiter machen und sagen, jetzt geben wir noch einmal Gas, so wie es in den letzten 1 ½ Jahren war, und legen noch ein „Schäuferl“ nach, denn die wollen eh alle auf der Straße haben und dann haben wir den Überblick verloren. Das ist doch keine Haltung in dieser Frage, dass wir sagen, die Polizisten sollen auf der Straße herumlaufen und sollen in keine Wachzimmer mehr drinnen sein. Eines möchte ich auch noch sagen, Herr Kollege Fürweger, wie haben sie gesagt, das Hundewachzimmer. Das ist schon eine Art und Weise, wie sie das da diskutieren im Zusammenhang mit der Schließung in der Bahnhofstraße. Dort ist die Hundestaffel untergebracht, gerade sie sind doch eh ein bisschen aus dem Eck, sie müssten eh wissen, was das ist. Das ist eine ganz wichtige wertvolle Einrichtung für die Stadt Steyr, weil die wesentlich zu der Aufklärung von Verbrechen beiträgt, und sie tun so, das ist die Hundepartie da draußen. Das ist nicht in Ordnung. Ich glaube, man sollte über die Parteibrille hinweg sagen, dass wir eine bestmöglichste Versorgung an Wachzimmern in unserer Stadt haben, und nicht nur Wachzimmer, sondern, dass die auch mit Personal besetzt sind, weil ich stelle schon fest, dass wir in manchen sehr unterversorgt sind. Zu Münichholz, das ist nicht so, dass das irgendwo an den Haaren herbeigezogen wird. Vor einem Jahr ist schon polizeiintern gemunkelt worden, und nicht irgendwo ein Latrinengerücht, Münichholz steht wegen Schließung wieder zur Debatte. Das kommt nicht von einem Transportarbeiter eines kleinen Betriebes, sondern Polizeibeamte debattieren darüber. Dort hält man sich natürlich etwas vornehm zurück und geht nicht gleich in die Medien, weil sie das auch aufgrund ihrer Position nicht dürfen. Aber es ist ständig im Gespräch. Ich habe auch kein Problem, wenn wir sagen, wir tun Münichholz jetzt hinaus, aber wir sollten hier herinnen schon ganz klar und deutlich festhalten, wenn wir Münichholz raustun, dann meinen wir aber nicht, dass wir Münichholz für die Bahnhofstraße opfern. Das sollte dabei nicht herauskommen. Wenn wir uns auf dieser Ebene verständigen, dann bin ich auch dafür und unterstütze das, dass wir wirklich eine breite Mehrheit für dieses Anliegen haben, dass man sagt, Münichholz steht nicht zur Debatte, das steht außer Frage, aber die Bahnhofstraße wollen wir in dieser Resolution mit breiter Mehrheit tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Das würde heißen: Bei diesem letzten fettgedruckten Absatz heißt es zum Schluss nach dem Bindestrich **„so doch gleich bleibt und das Wachzimmer Bahnhof verbleibt.**

Der vorletzte Absatz müsste dann heißen:

Aus der Sicht der Stadt Steyr und des Gemeinderates sind daher Überlegungen, die in der Vergangenheit in einzelnen Medien über Information aus dem Sicherheitsbereich transportiert wurden, entschieden abzulehnen und wird daher vehement gegen die Absicht protestiert, in den Stadtteilen Ennsdorf - Ennsleite mit über 17.000 Einwohnern das Wachzimmer zu schließen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren, jetzt hätten wir eine Formulierung gefunden, auf die wir uns anscheinend alle einigen können. Die Veränderung, die wir zuerst auf Wunsch der ÖVP gemacht haben, bleibt so. Der letzte Satz im vorletzten Absatz soll heißen:

Es kann von uns nicht zur Kenntnis genommen werden, dass seitens des Bundes daran gedacht wird, die Stadt Steyr im Bereich der allgemeinen Sicherheit auszudünnen.

Ist das eine Formulierung die allgemeine Zustimmung findet? Herr Kupfer?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Schärfer!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Sie sind jung, sie sind ein Scharfer. Mir ist es lieber, wir haben eine breite Mehrheit, als wir sind recht scharf. Die SPÖ kann das auch so zur Kenntnis nehmen? Gut. In diesem Sinne steht der korrigierte Antrag, mit diesen Formulierungen, wie zuletzt vorgetragen, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Das war einstimmig. Was lernen wir daraus? Durch das Reden kommen die Leute zusammen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Der Ordnung halber, es gehört natürlich unterschrieben - der schriftliche Abänderungsantrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
In Wirklichkeit haben wir keinen schriftlichen Abänderungsantrag gehabt, sondern wir haben in freier Debatte eine Formulierung entwickelt, die vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Wird so im Protokoll stehen.

So, damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:
Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
FPÖ? Ein Thema, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Bitte sehen sie diesen Beitrag als Diskussionsbeitrag und insbesondere möchte ich auf die Probleme im innerstädtischen Bereich zukommen. Wie sie wissen, haben wir 1992 in unserem Generalverkehrskonzept als einen der wesentlichen Punkte dieses Konzeptes festgelegt, dass innerstädtisch eine zentrale Parkgarage errichtet wird. Anfänglich, jetzt nach bald 10 Jahren Dauer dieses Generalverkehrskonzeptes, haben wir geglaubt, nachdem wir nach langer mühsamer Standortsuche zuerst den Bereich zwischen Brucknerplatz - Wetterhäusel - Casino eingeengt haben, dass wir dann durch die Überlegungen im Bereich City-Point dieses innerstädtische Parkhaus gemeinsam mit der gegenüberliegenden Seite errichten und so hier diese Sorgen einmal teilweise entledigt werden. Wie sich nach Eröffnung des City-Point gezeigt hat, hat sich bis jetzt die Parkplatzsituation nicht entschärft, sondern im Gegenteil, sie hat sich massiv weiter verschärft. Ich warne zwar davor, das möchte ich auch sagen, dass wir bei allen Verkehrsproblemen, die wir jetzt im Zusammenhang mit der Öffnung dieses Kaufhauses haben, eine spontane Reaktion machen, weil diese Verkehrsmaßnahmen fußen ja auf ein Verkehrskonzept und ich sage auch, bei der Interspareröffnung haben wir es auch 3 Wochen schwierig gehabt und es hat sich relativ gut eingependelt. Aber ich denke, wenn man sich die Parkplatzsituation ansieht, dann sieht man schon, dass wir hier einen großen Mangel haben. Ich werden es ihnen auch zeigen warum. Das alte Forum hat in etwa 110 Parkplätze gehabt und 40 Parkplätze sind in diesem Bereich durch den Neubau oberirdisch weggefallen. Das heißt, wir haben 150 gehabt, ca. 270 sind neu geschaffen worden, bleibt eine Nettosumme von ca. 120 über. Jetzt muss man auch abziehen, dass entgegen unseren Überlegungen hier auch Dauerparkplätze vermietet werden, das heißt, die freie verfügbare Fläche für den stündlichen Wechsel ist weniger geworden. Es kommen gerade in den letzten 14 Tagen enorme Sorgen der Geschäftswelt besonders auf mich als Verkehrsreferent zu, da sich die Situation Stadtplatz, Grünmarkt, Enge - auch durch die Bautätigkeit in der Kaigasse und teilweise Sperre am Ennskai - dramatisch verschärft. Die verschärfte Problematik auch dadurch, dass wir am Ennskai durch den Gegenverkehrsbereich vorübergehend derzeit knappe 40 Parkplätze verloren haben. Es gibt Überlegungen von Seiten der Verkehrsplaner, die städtische zentrale Citygarage gegenüber der Vorlandbrücke, dort wo eben dieser Styriabau - in den Berg hinein, unterhalb des Gymnasiums - gemacht werden soll, zu errichten. Ich kann diesem Plan sehr viel abgewinnen, es scheint mir auch sehr zentral, leicht erreichbar und gerade mit den Ausfahrten könnten wir sicherlich bei näherer

Untersuchung Gefallen daran finden. Vielleicht wäre das auch der Standort, der realisierbar ist. Das werden wir auch mit dem Update von unserem Verkehrskonzept sehen. Aber, wie die Dinge so laufen, werden wir wahrscheinlich, realistisch gesehen, so ein Parkhaus im günstigsten Fall nicht vor einem Zeitraum von 5 Jahren zur Welt bringen. Es gibt keine wirklichen Betreiber, das heißt, das müssten wir selbst sein und die Dinge dauern etwas. Aber, ich möchte nicht zuwarten, und die Situation sich von selbst verschärfen lassen. Ich mache ihnen einen Vorschlag, der nicht von mir kommt, ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken. Es hat im Frühjahr in einem Gespräch bei der Wirtschaftskammer der Herr Ebenbichler von der Fa. Hartlauer einen Diskussionsvorschlag aufgebracht, und den möchte ich ihnen heute zur Kenntnis bringen. Ich habe das auch einmal in einer Verkehrsausschusssitzung im Sommer getan und möchte es auch auf dieser Ebene, zur Meinungsbildung im Gemeinderat darstellen, da auch die Zeit besonders günstig wäre, weil wir auch über die Kaigasse diskutiert haben. Ich komme jetzt auf die Promenade; wenn sie sich vorstellen, dass man rund um die Promenade, wo man jetzt mit dem Auto fährt, wo wir derzeit Dauerparkplätze haben, vorübergehende Schrägparkplätze einrichtet, ohne einen Baum zu fällen, lediglich mit Rasenziegeln ausgestattet, bekommen wir in kürzester, billigster Zeit in etwa 150 Parkplätze, die man natürlich vergebühren müsste und dann wäre der Druck auf den Stadtplatz einmal genommen. Zwei Punkte sind dann auch noch zu überlegen. Wir haben letztes Mal auch im Verkehrsausschuss über die Möglichkeit der Beibelassung der Regelung Kaigasse auf Dauer zu sperren, gesprochen. Denn es kann ja nicht sein, dass wir auf Dauer den Stadtplatz, den schönsten Platz Europas, als Parkierungszufahrt für den Ennskai benützen. Das heißt, ich habe auch dort gesagt, dass ich niemals meine Zustimmung dazu gebe, wenn wir nicht Alternativen für die Geschäftwelt anbieten. Das wäre eine Alternative. Jetzt kommt sicherlich noch der Einwand wegen der Dauerparker, und das möchte ich gleich einmal vorweg nehmen. Für die müssen wir natürlich auch eine Lösung finden. In diesem Bereich sind natürlich von Angestellten sehr viele Dauerparker, auch von diesem Hause hier, und auch Bewohner angesiedelt. Hier muss es natürlich Lösungen geben. Für die Bewohner einerseits mit einer großzügigeren Bewohnerparkkartenregelung, weil wir wollen die Bewohner ja in der Stadt halten, das wird möglich sein an Ort und Stelle. Dauerparken wird an der Stelle sicher nicht mehr möglich sein, aber ich könnte mir vorstellen, weil das Ganze ja nur vorübergehend sein könnte, bis wir eine innerstädtische Parkgarage haben, dass wir Dauerparker auf dem Gelände Reithoffer unterbringen, das teilweise uns und teilweise Magna gehört - dass wir Verhandlungen aufnehmen, dass wir vorübergehend die Erlaubnis bekommen, dort Dauerparker abzustellen. Der Fußweg herein dauert exakt 5 Minuten und das ist, wenn man den ganzen Tag kostenlos stehen kann, zumutbar. Ich ersuche sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Vorschläge ernsthaft zu prüfen, zu überlegen und dass wir uns in der nächsten Zeit in diversen Ausschüssen, weil ja viele betroffen sind, eine Meinung bilden und vielleicht finden wir eine Regelung, um hier die dringendste Parkplatzsorge - insbesondere für die Wirtschaft im Zentrum - zu lösen oder zu mindern. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir eine analoge Vergebührung - das wäre natürlich auch mit guten Einnahmen für die Stadt verbunden - eine Lösung finden, ähnlich wie am Ennskai, mit einer 3 Stunden Parklösung. Ich danke ihnen und bin gespannt auf die Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. SPÖ dazu?

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, die Entwicklung des Verkehrs in den letzten Wochen hat uns natürlich alle berührt und wie man so weiß, wenn solche Kaufhäuser angesiedelt sind, wird sich wahrscheinlich keine großartige Entspannung mehr ergeben. Das wünschen wir uns ja auch, letztendlich war das ja auch das Ziel, wenn man dort das City-Point mit den vielen Geschäften hat, dass wir Kaufkraft in Steyr erhalten wollen und dass das eine Alternative zu anderen Großmärkten im Linzer Raum sein soll. Das wird es eh nicht ganz sein, aber es soll auf alle Fälle eine verbesserte Situation sein. Wenn das funktioniert, dann wird im Verkehr wahrscheinlich keine wesentliche Entspannung sein und wir werden uns natürlich ernsthaft und intensiv damit auseinandersetzen müssen. Die Vorschläge, die der Herr Dr. Pfeil eingebracht hat, ich glaube, dass da einige dabei sind, die man sicher sehr gut überlegen soll und über die man diskutieren soll. Ich möchte aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht schon konkret zu jedem einzelnen zusätzlichen Parkraum

meine Meinung einbringen, denn das wäre auch nur meine Meinung. Ich glaube, dass es ein guter Vorschlag ist, dass wir uns das in der Gesamtheit von den Fachleuten präsentieren lassen, dass wir in den Fraktionen darüber diskutieren und wenn es möglich ist, dass wir doch in relativ kurzer Zeit, darüber Entscheidungen treffen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Kollege Dr. Pfeil, ich kann mich ihnen anschließen. Ich glaube, dass das wirklich eine Maßnahme ist, wo man sehr viel kurzfristig machen könnte. Ich würde nur vorschlagen, auch zu überlegen, nachdem es sich oben auf der Promenade wirklich anbietet, das zu bewirtschaften wie ein Parkhaus, mit einer Einfahrt und maximal 2 Ausfahrten. So hat man wirklich die Möglichkeit, dass man das Parken kundenorientiert abrechnet, dass der also nicht im vorhinein wissen muss, wie lange bleibe ich denn da stehen, sondern sich so lange aufhalten kann wie er will und dafür eben seinen Obolus entrichtet. Aber immer mit dem Hinblick, ich glaube da sind wir eh einer Meinung, dass das ein Provisorium sein sollte, dass man mittelfristig mit ziemlicher Sicherheit ein Parkhaus in einer fußläufigen Erreichbarkeit zum Stadtplatz baut.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der Problemanalyse gebe ich dem Verkehrsreferenten völlig Recht, wie auch alle hier herinnen wahrscheinlich. Ich bin auch froh, dass dieses Thema heute noch diskutiert wird. Ich will mich jetzt auch nicht auf irgendeinen Vorschlag festlegen, möchte aber darauf verweisen, dass ich es für sehr wichtig finde, dass wir alle Lösungen, die wir jetzt angehen, schon langfristig bedenken, und nicht vergessen, dass wir bei kurzfristigen Maßnahmen, die unter Umständen notwendig sind, die langfristigen vor uns herschieben. Wir haben eine City-Garagen-Untersuchung aus dem Jahr 1995 vom Planungsbüro Spirk, ich denke mir, das wäre der erste Schritt, diese Untersuchung zu evaluieren, dass da was passiert. Wir haben derzeit auch 2 Planungen am Laufen, die Überprüfung des Verkehrskonzeptes und das Projekt Kubisch vom Eyblknoten bis zur Schwimmschule, die - glaube ich - auch koordiniert werden müssen. Ich denke mir, dass der ganze Themenkomplex Stadtplatz - Grünmarkt - Ennskai - Eybl - Promenade, so ein umfassendes Thema ist, wo so viele Faktoren zusammenlaufen, dass es vielleicht gescheit wäre, es nicht in den einzelnen Ausschüssen zu diskutieren, sondern wirklich eine Arbeitsgruppe von Vertretern aller Fraktionen, unter Umständen einen Unterausschuss zu gründen, wo all diese Themen besprochen werden und wirklich mittel- bis langfristige Strategien überlegt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Dr. Wilfrid Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich, ich bin positiv überrascht, man kann ja wirklich gute Sachpolitik machen. Gestern in der Fraktion, wie wir das besprochen haben, hat es geheißen, da werden wieder welche dagegen sein usw. Ich habe gesagt, da wird niemand dagegen sein, weil da kann keiner dagegen sein, gut - vielleicht die Grünen. Aber, es freut mich, auch deine Stellungnahme klingt durchaus positiv und von den anderen habe ich das auch heraus gehört. Nur eine Sache noch dazu; ich finde, die Politik hat vielleicht oft deshalb einen negativen Stellenwert, weil es immer so lange dauert, bis reagiert wird. City-Point hin oder her, dass wir zuwenig Parkplätze am Stadtplatz haben, das wissen wir seit Jahren, alle miteinander. Als ich diesen Vorschlag vom Hermann Ebenbichler, Prokurist beim Hartlauer, bei der Wirtschaftskammerveranstaltung gehört habe - da waren viele anwesend, ca. 40 bis 50 Leute - alle haben sofort gesagt, super, das ist eine gute Idee, das kann man leicht realisieren. Ich habe damals nur gesagt, passt auf, das wird nicht schnell gehen,

aber in diesem Fall sollte es schnell gehen, da sollte keine Arbeitsgruppe eingesetzt werden und hin und her. Das ist eine kurzfristige Lösung, mit minimalem Aufwand, die leicht rückgängig zu machen wäre, wenn man sich einmal entschließt, ein Parkhaus oder was auch immer zu machen. Wenn man da die Parkplätze schräg hinein macht, dann brauchen wirklich keine Bäume gefällt werden, das geht zack, zack, der Randstein kommt heraus und man asphaltiert das. Das geht so schnell und ist so kostengünstig. Was kosten denn die 150 Parkplätze? Vielleicht 2 Wochen Parkgebühren, dann wird man es wahrscheinlich herinnen haben. Sollen es 4 Wochen sein, aber man hat es innerhalb kürzester Zeit durch die Parkgebühren wieder herinnen. Da brauch ich nicht von Missionen reden, die man erst in ein paar Jahren verwirklichen kann, wenn man eine Arbeitsgruppe hat, dann kann man usw., dann machen wir dort oder dort ein Parkhaus, sondern das ist wirklich eine Maßnahme, die dringend ist und das nicht erst seit dem City-Point. Da glaube ich, ist es wirklich gut, wenn die Stadt Steyr, alle Fraktionen gemeinsam, ein Zeichen setzen. Gute Sachpolitik - wir haben das gesehen, City-Point usw. - verstärkt den Druck noch zunehmend. Machen wir diese Maßnahme als Sofortmaßnahme. Ich glaube, das ist wirklich ein gutes Zeichen, nicht nur gegenüber dem Wirtschaftstreibenden, das ist natürlich auch eine Sache und gehört natürlich auch berücksichtigt, sondern natürlich auch gegenüber jeden einzelnen Konsumenten usw. Sie sehen es ja wirklich, es ist ja wirklich jetzt kein Platz. Das haben wir eh alle gewusst, dass dort zuwenig zusätzliche Parkplätze sind, das war aber aus Kostengründen. Aber mit dieser Maßnahme, mit dieser ganz einfachen simplen Maßnahme, kann man wirklich mit wenig Geld und Aufwand, und vor allem sehr schnell - wenn man nur will - das Ganze durchsetzen. Man kann mit zusätzlichen 150 Parkplätzen sehr schnell und effizient, das ist ganz wichtig, Abhilfe schaffen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich meine, ich pflichte dem schon bei, aber es ist nur so, dass man schon die Fachleute dazu hören muss und die Konsequenzen in der Verkehrsführung und die Faktoren zueinander in Relation bringen und das beurteilen muss. Das wird schon notwendig sein, denn immer wenn man an einem Eck an der Schraube dreht, dann ändert sich auch in der Umgebung allerhand. Das wird man schon machen müssen, so wie das eh vorgeschlagen worden ist.

Gibt es ein weiteres Thema? Nein, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 16.50 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist eh., Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Beatrix Toman eh., GR Stephan Keiler eh.